

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

26. Sitzung vom 5. November 2012 von 19:00 Uhr bis 21.40 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz: Marlis Spörri, Präsidentin

Protokollführung: Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: **Von 19.00 Uhr bis 19.13 Uhr**
Mitglieder des Einwohnerrates: 36
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 24

Von 19.13 Uhr bis 21.32 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 37
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 25

Von 21.32 Uhr bis 21.40 Uhr
Mitglieder des Einwohnerrates: 36
Absolutes Mehr: 19
Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann
Matthias Jauslin, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Bruno Breitschmid, Gemeinderat
Urs Kuhn, Gemeinderat
Ruedi Donat, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Reto Studer, Bereichsleiter Tiefbauamt
Beat Herzog, Leiter Reg. ZSO
Gregor Kaufmann, Finanzverwalter
Marco Veil, Chef Regionalpolizei
Peter Christen, Stv. Chef Regionalpolizei

Entschuldigungen

Corina Roeleven

Stefano Omodei

Hans Ruedi Meyer

Jean-Pierre Gallati (anwesend ab 19.13 Uhr)

Alain Thiébaud (abwesend ab 21.33 Uhr)

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 12098 betreffend Bewilligung Baukredit von CHF 830'000.00 für die Sanierung der Kanalisationsleitungen im Mythenweg
3. Bericht und Antrag 12102 Erweiterung des Gemeindeverbandes Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Wohlen, namentlich des RFO Wohlen und der Regionalen Zivilschutzorganisation Wohlen; Anpassung der Satzungen
4. Bericht und Antrag 12099 Aufwuchs Mannschaftsbestand Regionalpolizei Wohlen von heute 12 Polizisten / Polizistinnen auf neu 17 Polizisten / Polizistinnen bis 2017 gemäss Vorgaben DVI (Departement Volkswirtschaft und Inneres), Umsetzung Polizeigesetz
5. Bericht 11143 zum Postulat 11076 betreffend Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene – Vervollständigung bezüglich Analyse der Lohnstrukturen
6. Bericht und Antrag 12096 Genehmigung Kreditabrechnung betreffend Gemeindeanteil für die Umgestaltung der Knoten Wohlerhof und Kino Rex in je einen Verkehrskreisel, Erstellung öffentliche Beleuchtung und Bau unterirdische Sammelstelle
7. Bericht und Antrag 12097 Genehmigung Kreditabrechnung für Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen
8. Antwort zur Anfrage 12077 der Finanzkommission, die bei der letzten Budgetberatung in ihren Empfehlungen einen Massnahmenkatalog zur Verbesserung der Wohler Finanzlage gefordert hat

Spörri Marlis, Präsidentin:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 15. Oktober 2012 zu verzeichnen:

- Einladung zur ER-Sitzung vom 5. November 2012
- Einladung zur Jungbürgerfeier 2012 vom 16. November 2012
- Einladung zur Jugendsession vom 10. November 2012
- Revisionsbericht der Fiko:
Gemeindeanteil für die Umgestaltung der Knoten Wohlerhof und Kino Rex in je einen Verkehrskreisel, Erstellung öffentliche Beleuchtung und Bau unterirdische Sammelstelle
- Revisionsbericht der Fiko:
Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen
- Sitzungsdaten des Einwohnerrates 2013
- B&A 12105 Abwasserverband Wohlen-Villmergen-Waltenschwil betr. Kreditgenehmigung von CHF 533'427.00 (exkl. MwSt.) als Gemeindeanteil für Erneuerung Prozessleitsystem und Prozessteuerungen
- Einwohnerratsprotokoll vom 27. August 2012
- Anfrage 12106 betreffend Entschädigungen für Gemeindeammann und Gemeinderäte etc.

Spörri Marlis, Präsidentin: Gratuliert den gewählten Grossräten zu ihren Wiederwahlen.

Rücktritt aus dem Einwohnerrat

Bruno Bertschi, SVP, tritt per 31. Dezember 2012 als Einwohnerrat zurück.

Marlis Spörri, Präsidentin, liest sein Rücktrittschreiben vor. Die offizielle Verabschiedung erfolgt in der Dezember-Sitzung.

Fraktionserklärung SVP

Brunner Edwin, SVP: Hans Hufschmid wünschte sich vor der letzten Einwohnerratssitzung eine sachliche, konstruktive Budgetdebatte ohne persönliche Angriffe. Dies wurde auch grösstenteils eingehalten. Leider kam es gegen Ende der erwähnten Sitzung zu einem Eklat seitens des Gemeindeammannes. Urs Stäger sowie die SVP hätten eigentlich erwartet, dass sich der Gemeindeammann öffentlich im Vorspann der heutigen Einwohnerratssitzung bei Urs Stäger entschuldigt. Die Sache wäre somit erledigt gewesen. Zudem haben keine der hier anwesenden Fraktionen mit einer Fraktionserklärung auf diese sprachlichen Entgleisungen reagiert. Wir können uns jedoch nicht vorstellen, dass alle Fraktionen mit der neuen Redekultur einverstanden sind. Die SVP Wohlen-Anglikon distanziert sich offiziell von dieser Art persönlicher Angriffe und hofft, dass uns alle Fraktionen in diesen Be-

ziehungen für einmal Recht geben und die verbalen und auch inhaltlichen Entgleisungen unseres Gemeindeammannes klar verurteilen. Danke vielmals.

Bericht und Antrag 12098 betreffend Bewilligung Baukredit von CHF 830'000.00 für die Sanierung der Kanalisationsleitungen im Mythenweg

Lehmann Sandra, GPK: Das Geschäft zur Sanierung der Kanalisationsleitungen im Mythenweg wurde der GPK von Gemeindeammann Walter Dubler sowie von Reto Studer, Bereichsleiter Tiefbau, vorgestellt. Die Kanalisationsleitungen im Mythenweg sind unbestritten in einem sehr schlechten Zustand und dringend sanierungsbedürftig, wie uns anhand von Fotos eindrücklich gezeigt wurde. Die Aufnahmen mit dem Kanalfernsehen haben starke Ablagerungen, grosse Risse oder Löcher und viele nicht verputzte Einläufe gezeigt. Durch die Risse und Löcher kann das Schmutzwasser ungehindert ins Grundwasser eindringen. Weil der Grundwasserspiegel in diesem Gebiet ca. 2-3 Meter unter Terrain liegt, besteht einerseits eine grosse Gefahr einer Grundwasserverschmutzung, andererseits dringt bei hohem Grundwasserspiegel Grundwasser in die Kanalisation ein, wodurch die Kanalisation und die ARA unnötig belastet werden. Zudem hat ein Leitungsabschnitt im Rohrscheitel derart starke Risse, dass er jederzeit einbrechen könnte.

Das öffentliche Kanalisationsnetz im Mythenweg besteht aus mehreren Leitungsabschnitten. Obwohl die Kanalisationsleitungen teilweise in privaten Hintergärten verlaufen, handelt es sich um öffentliche Kanalisationen, für deren Sanierung die Gemeinde zuständig ist.

Die Abgrenzung, wann eine Kanalisation öffentlich ist, ist rechtlich nicht klar geregelt. Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt des Kantons Aargau hat die Richtlinie, dass bei mehr als zwei Hausanschlüssen eine Kanalisationsleitung öffentlich ist. Die Gemeinde Wohlen hat sich in den letzten Jahren an diese Richtlinie gehalten. So kann dem Schutz des Grundwassers am besten Rechnung getragen werden, da bei den öffentlichen Kanalisationsleitungen ein regelmässiger Unterhalt und erforderliche Sanierungsarbeiten gewährleistet sind.

Zum Sanierungsprojekt

Das Sanierungs-Projekt wurde vom Ingenieurbüro KIP Knoblauch Ingenieure und Planer, Wohlen, erstellt. Es handelt sich um ein komplexes Projekt, mit mehreren Leitungsabschnitten. Ziel ist es, die öffentlichen Leitungen, soweit wie möglich, aus den privaten Hintergärten zu entfernen und in die gut zugänglichen Strassen zu verlegen. Aufgrund der topographischen Verhältnisse ist dies aber nur teilweise möglich.

Die neuen Leitungen werden teilweise im sogenannten Berstlining-Verfahren erstellt. Dabei wird in der alten Kanalisationsleitung eine neue Leitung eingezogen und die alte Leitung wird aufgeweitet und zerstört. So wird nur eine Start- und Zielgrube benötigt und es sind keine weiteren Grabarbeiten, ausser bei Seitenanschlüssen erforderlich. Das darüber liegende Gelände mit den privaten Hintergärten kann somit von Grabarbeiten verschont werden.

Gemäss kantonaler Gesetzgebung müssen in Zusammenhang mit der Sanierung einer öffentlichen Kanalisationsleitung auch die privaten Hausanschlüsse saniert werden. Es werden die Hauszuleitungen durch die Gemeinde saniert, welche durch das grabenlose Berstlining-Verfahren bedingt eine Anpassung erfordern.

Der Mythenweg ist eine reine Privatstrasse ohne jegliches öffentliches Fuss- oder Fahrwegrecht und im Besitz von mehreren Privatpersonen. Er ist teilweise in einem ungenügenden Zustand. Da der Mythenweg aber eine reine Privatstrasse ist, ist keine vollflächige Belags-

sanierung vorgesehen. Eine zusätzliche Strassensanierung würde zu Lasten der privaten Grundeigentümer gehen.

Die IBW Technik AG wird in Zusammenhang mit der Kanalisationssanierung die 80-jährige Wasserleitung ersetzen und die Stromleitungen erneuern.

Zu den Kosten

Die Kosten für die Kanalisationssanierung Mythenweg werden gemäss Kostenvoranschlag vom Ingenieurbüro KIP auf Total CHF 830'000 inkl. MwSt. veranschlagt.

Im Voranschlag 2012 wurde dafür ein Betrag von CHF 325'000 vorgesehen. Dieser Betrag basierte auf einer groben Schätzung. Die Detailplanung hat gezeigt, dass dies bei weitem nicht reicht, weil sich das Projekt als sehr komplex gestaltet und ausgeweitet hat und neue Leitungsanschlüsse in den Bahnhofweg und die Steindlerstrasse geplant sind, was wiederum höhere Baukosten verursacht. Die Kosten werden vollumfänglich dem Abwasserkonto belastet. Die entsprechenden Rückstellungen sind vorhanden.

Die GPK hat die Frage gestellt, ob auf dem Gemeindegebiet Wohlen noch weitere solcher Massnahmen anstehen. Die Bauverwaltung bejaht dies grundsätzlich, hält aber fest, dass der Mythenweg der schlimmste Fall sei. In drei bis fünf Jahren sollten auch die übrigen Sanierungsprojekte abgeschlossen werden können.

Die GPK stimmt dem Antrag „*Bewilligung Baukredit für Sanierung der Kanalisationsleitungen im Mythenweg für CHF 830'000.00 inkl. MwSt.*“ einstimmig zu.

19.13 Uhr: Jean-Pierre Gallati betritt den Saal.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich danke der Sprecherin von der GPK für ihre Ausführungen. Ich habe diesen nichts beizufügen und bitte Sie diesem Antrag zu zustimmen.

Fraktionsmeinungen

Geissmann Armin, FDP: Die Fraktion FDP Wohlen ist der Ansicht, dass die Bauverwaltung eine gute Evaluation gemacht und gute Arbeit geleistet hat. Man hat effizient und richtig gehandelt. Dies ist nicht immer so. Wir wissen, dass betreffend Kanalisation noch viel auf uns zu kommt. Als Sanitär bin ich in meinem beruflichen Umfeld auch mit dieser Thematik konfrontiert und mir ist bewusst, dass eines nach dem anderen kommen und gemacht werden muss.

Aufgrund der personellen Ressourcen ist es schwierig den Überblick zu haben, welche Anschlüsse der öffentlichen Kanalisation noch in Ordnung sind. Mit einem oder zwei Mitarbeitenden mehr, wäre dies besser zu kontrollieren und dann würde es auch am richtigen Ort eine Reklamation geben. So könnte der Steuerzahler entlastet werden. Dementsprechend steht die FDP hinter diesem Antrag.

Büchi Roland, SVP/Dorfteil Anglikon: Da sich die Kanalisation am Mythenweg in einem äusserst schlechten Zustand befindet und massive Schäden aufgetreten sind, ist eine Sanierung dringend notwendig. Warten wäre hier am falschen Ort gespart. Darum stimmt die Fraktion SVP Wohlen und Dorfteil Anglikon einer Sanierung der Kanalisationsleitungen am Mythenweg einstimmig zu.

Meier Cyrille, SP: Wir sind ganz klar der Ansicht, dass das Kanalisationsnetz im Mythenweg saniert werden muss. Es ist ein Problem, welches man nicht aufschieben kann. Die Kanalisation hat nämlich durch die Jahre erhebliche Schäden erlitten. Diese Schäden sind mittlerweile so gross, dass das Schmutzwasser ins Grundwasser eindringen kann. Dies ist äusserst schlecht, da unser Trinkwasser aus dem Grundwasser bezogen wird.

Ebenfalls begrüßen wir die vereinfachte Ziehung der Leitungen unter die Strasse. Uns ist bewusst, dass das vorliegende Projekt sehr komplex ist und die Entwässerung an manchen Stellen neu umgeleitet wird. Aber wir verlassen uns auch darauf, dass der Kostenvoranschlag von CHF 830'000 eingehalten wird. Wir danken der Bauverwaltung für die Erarbeitung des Berichts.

Isler Roger, CVP: Unsere Infrastruktur kommt langsam in die Jahre und es ist enorm wichtig, die Anlagen in Schuss zu halten. Die Entwässerungsleitungen müssen dicht sein, um ihren Zweck, Ableitung von Abwasser in die ARA, zu gewährleisten. Sind sie es nicht mehr, sind sie zu klein, müssen sie saniert, bzw. ersetzt werden. Mit der digitalen Netzdokumentation (GIS), der periodischen Zustandsanalyse und der GEP, hat die Bauverwaltung die geeigneten Werkzeuge, den Bedarf der Sanierungen, die Reihenfolge und die Höhe der Kosten seriös zu planen. Als nächstes ist nun der Mythenweg dran. Die Notwendigkeit scheint uns darum gegeben, die erarbeitete Lösung scheint sinnvoll.

Die Fraktion CVP stimmt deshalb für den Bericht und Antrag. Mit der Sanierung können die Anforderungen des Gewässer- und Grundwasserschutzes auch im Bereich Mythenweg wieder erfüllt werden. Die Koordination mit den anderen Werkleitungsbetreibern ist logisch und auch die Aufhebung der Leitungen in den „Gärten“ macht Sinn.

Die Bestrebung, private Strassen nach Möglichkeit in den Besitz der Gemeinde zu übernehmen, natürlich in saniertem Zustand, macht - aus meiner persönlichen Sicht - auch Sinn. Da der Strassenbau und der Strassenunterhalt grundsätzlich eine öffentliche Aufgabe ist und die Koordination mit nur einem Eigentümer sehr viel einfacher wird.

Zur Finanzierung: Etwas unschön ist der Unterschied der Beträge aus dem Voranschlag zum Betrag der nun aus der Projektierung erfolgt. Er ist aber aus unserer Sicht begründet und die Lösung scheint sinnvoll und längerfristig kostengünstiger. Die Finanzierung ist über die Abwassergebühren als Eigenwirtschaftsbetrieb gedeckt, welche sich nach dem Investitionsvolumen richtet. Dies wiederum wird aus der GEP abgeleitet. Ein Modell, welches ich persönlich sehr gut finde und ein ungesundes Sparen bei der Infrastruktur verhindert. Schön wäre es, wenn dieses System auch in anderen Bereichen Anwendung finden würde.

Abstimmung:

Dem gemeinderätlichen Antrag

Bewilligung Baukredit für Sanierung der Kanalisationsleitungen im Mythenweg für CHF 830'000.00 inkl. MwSt. (indexgebunden 1. April 2011)

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 12102 Erweiterung des Gemeindeverbandes Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Wohlen, namentlich des RFO Wohlen und der Regionalen Zivilschutzorganisation Wohlen; Anpassung der Satzungen

Vogt Roland, GPK: Dem Verband Bevölkerungsschutz und Zivilschutz von der Region Wohlen gehören heute die Einwohnergemeinden Büttikon, Dintikon, Uezwil, Villmergen, Waltenschwil und Wohlen an. Bestehende Strukturen des Bevölkerungsschutzes, insbesondere vom Zivilschutz, sind in den nächsten Jahren, aufgrund steigender Anforderungen und anderen definierten Parametern, durch den Bund teilweise anzupassen.

Das heisst, dass gewisse Leistungsaufträge nur noch durch grössere Organisationen erfüllt werden können. Grössere Organisationen sind aber, aufgrund von unserer gesellschaftlichen Entwicklung, durch mehr dienstuntaugliche und mehr ausländische Männer, nur noch durch Fusionen möglich.

Aus diesem Grund haben die Zivilorganisationen Maiengrün und Lenzburg das Fusionsgespräch aufgenommen. Die Mehrheit der Gemeinden, ausser ZSO Maiengrün, wird sich der ZSO Lenzburg anschliessen. Mit den Gemeinden Dottikon und Hägglingen ist vorgesehen, dass diese dem Gemeindeverband Wohlen per 1. Januar 2014 beitreten werden. Bereits heute arbeiten die Gemeinden in verschiedenen Bereichen gut zusammen.

Besonders Blaulichtorganisationen sind gemeindeübergreifend tätig. Dottikon mit der Regionalpolizei (Repol) und der Feuerwehr und Hägglingen ebenfalls mit der Repol. Der Gemeinderat erachtet den Beitritt als sinnvoll und sieht für alle Beteiligten einen Vorteil. Die GPK schliesst sich einstimmig der Meinung des Gemeinderates an und begrüsst einen Beitritt. Bei den steigenden Gemeindegeldern ist es umso wichtiger, dass in allen Bereichen auch in der ZSO und RFO Einsparungen gemacht werden können. In dem Bereich Materialbeschaffung und Anlagebau können Investitionen eingespart werden und vor allem wird der finanzielle Aufwand aufgrund der grösseren Bevölkerungszahl auch für unsere Gemeinde niedriger ausfallen. Dies wird in der leeren Gemeindegeldkasse positiv gespürt. Wie bereits erwähnt stimmt die GPK einstimmig der vorgesehenen Erweiterung sowie der damit verbundenen Anpassungen der Satzungen zu.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Es gibt am Bericht von Roland Vogt eigentlich nicht viel beizufügen. Ich möchte zwei Vorteile hervorheben. Das Thema Blaulichtorganisationen wurde von Roland Vogt bereits angesprochen. Es macht in der Tat Sinn, dass diese zwei Gemeinden am RFO angeschlossen sind. Wenn die Feuerwehr bei einem Grosseignis ausrücken müsste, wäre sie im jetzigen System am RFO Maiengrün und RFO Wohlen unterstellt gewesen. Dies wäre in einem Ernstfall nicht unproblematisch gewesen. Der zweite Punkt ist, dass die Kosten, nach der heutigen Berechnung, immerhin CHF 1.70 pro Person ausmachen. Durch die Fusion mit den zwei zusätzlichen Gemeinden können wir Kosten einsparen.

Fraktionsmeinungen

Brunner Edwin, SVP: Es gibt eigentlich meinen Vorrednern nicht mehr viel beizufügen. Es gibt bei diesem Bericht eigentlich keine negativen Punkte, welche gegen die Anpassung dieser neuen Satzungen sprechen. Die Stellenprozente bleiben unverändert, was für die SVP ein wichtiger Punkt ist. Weiter dürfte es eine Kosteneinsparung von ca. CHF 25'000 pro Jahr geben, welche unser Gemeindebudget entlasten wird. Ein kleines Aber habe ich je-

doch noch und zwar auf der Seite 2. Hier steht, dass wir provisorisch gesehen einen Betrag von CHF 1.70 pro Person einsparen können. Dieses Blatt werde ich mir einrahmen und über mein Bett hängen. Zur gegebenen Zeit, im Jahr 2014, werde ich dann prüfen, ob diese CHF 25'000 wirklich eingespart worden sind.

Duschén Andrea, FDP/Dorfteil Anglikon: Nach eingehender Diskussion haben wir folgende Punkte festgehalten:

1. Der Bund strebt in Zukunft einen grösseren Verband an
2. Im Moment sind die Bestände im Zivilschutz eher abnehmend
3. Es ist ein sinnvoller Zusammenschluss, da bereits in anderen Organisationen zusammen gearbeitet wird (Beispiel Feuerwehr und Repol)
4. Die Kosteneinsparungen für Wohlen betragen zwischen CHF 25'000 und 30'000

Aus diesen Gründen unterstützt die Fraktion den Zusammenschluss einstimmig.

Hufschmid Hans, CVP: Die CVP-Fraktion stimmt ohne Bedingungen und einstimmig dem Bericht und Antrag 12101 zu. Ebenso wie der Gemeinderat Wohlen, erachtet es auch die CVP-Fraktion als sinnvoll, wenn die Gemeinden Dottikon und Hägglingen zum Gemeindeverband Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Wohlen stossen. Die beabsichtigte Erweiterung bringt für alle beteiligten Gemeinden nur Vorteile. Für die ZSO Wohlen ergibt sich eine Reduktion des Pro-Kopf Beitrages um ca. CHF 2.00. Wir bitten Sie, dem Bericht und Antrag 12102 ebenfalls zuzustimmen.

Gsell Barbara, EVP: Wir erachten den Beitritt von Dottikon und Hägglingen auf den 1. Januar 2014 zum Gemeindeverband als gut, da die Zusammenarbeit auch bereits in anderen Bereichen besteht. Natürlich haben wir auch nichts gegen einen kleineren Kostenbeitrag pro Bewohner einzuwenden. Das würde, bei einem Einwohnerbestand per Ende September 2012 von 14'900 Personen, immerhin etwa eine Einsparung von CHF 25'000 pro Jahr ergeben. Ein Dank sprechen wir Beat Herzog aus, welcher unsere Fragen beantwortet hat und Details zu dem Gemeindeanteil im Budget 2013 geliefert hat.

Es ist uns aufgefallen, dass wir lediglich Angaben über den Gesamtanteil von der Gemeinde Wohlen haben. Es besteht kein eigentlicher Jahresbericht, wie zum Beispiel beim Abwasserverband. Im jährlichen Geschäftsbericht ist ein Jahresbericht enthalten, es werden jedoch ebenfalls keine detaillierten Zahlen aufgeführt. Daraus ergehend schien es uns wichtig, dies einmal genauer anzuschauen. Wir möchten den Anstoss geben, dieses Vorgehen allenfalls einmal zu überdenken und der Bericht ebenfalls jährlich aufzulegen. Die Fraktion Grünliberale und EVP stimmen dem Bericht und Antrag 12102 einstimmig zu.

Wüthrich Beat, Grüne/SP: Unsere Fraktionen befürworten beide die Erweiterung dieses Gemeindeverbandes. Dieses Projekt wurde schon vor längerer Zeit aufgegleist. Durch diese Erweiterung lassen sich Synergien nutzen, Vorgaben des Bundes besser umsetzen und der sinkende Mannschaftsbestand lässt sich besser auffangen. Erfreulicherweise sinken auch die Kosten pro Einwohner. Dottikon und Hägglingen, welche bereits jetzt mit Wohlen bei Schutz und Rettung zusammen arbeiten, sind die idealen Partner für diese Erweiterung. Wir stimmen diesem Antrag zu.

Abstimmung:

Dem gemeinderätlichen Antrag

Die per 1. Januar 2014 vorgesehene Erweiterung des Gemeindeverbandes Bevölkerungsschutz und Zivilschutz der Region Wohlen, namentlich des RFO Wohlen und der Regionalen Zivilschutzorganisation Wohlen, sowie die damit verbundene Anpassung der Satzungen, sei zu genehmigen.

wird einstimmig zugestimmt.

Bericht und Antrag 12099 Aufwuchs Mannschaftsbestand Regionalpolizei Wohlen von heute 12 Polizisten / Polizistinnen auf neu 17 Polizisten / Polizistinnen bis 2017 gemäss Vorgaben DVI (Departement Volkswirtschaft und Inneres), Umsetzung Polizeigesetz

Keller Anna, Präsidentin GPK: Das seltsame, ungewohnte Wort „Aufwuchs“ ist tatsächlich korrekt. Mit der Annahme der kantonalen Polizeiinitiative im Jahre 2004 wurde auch das Polizeigesetz entsprechend angepasst. Darin ist festgehalten, dass pro 700 Einwohner/Innen mindestens ein Polizist oder eine Polizistin nötig ist. Diese Gesetzesvorgabe ist bis im 2017 umzusetzen. Für die Regionalpolizei bedeutet das, dass sie bis 2017 mindestens 5 Polizistinnen oder Polizisten zusätzlich einstellen muss. Das Einzugsgebiet der Regionalpolizei Wohlen umfasst ja neben Wohlen die Gemeinden Villmergen, Waltenschwil, Uezwil, Hägglingen, Dottikon, Dintikon und Büttikon. Die Repol-Kommission, in der alle Gemeinden vertreten sind, sieht zusammen mit dem Wohler Gemeinderat die Notwendigkeit der Aufstockung und hat dieser grundsätzlich zugestimmt. Jetzt muss der Einwohnerrat noch darüber beschliessen.

Wir haben erst kürzlich die Repol um 2 Personen aufgestockt. Damals sind die jetzt vorliegenden Verhältniszahlen des Kantons aber noch nicht bekannt gewesen. Jetzt liegt das vor und in unserem, nach Beurteilung des Regierungsrates und der Kantonspolizei, „städtisch-ländlich“ gemischten Gebiet braucht es neu 500 zusätzliche Stellenprozent. Die Regionalpolizei selber stellt fest, dass in ihrem Einsatzgebiet die Bevölkerung stetig zunimmt. Wir sehen ja selber in allen Gemeinden die rege Bautätigkeit. Aufgezeigt wird das auch in der Tabelle Seite 2 vom Bericht und Antrag.

Wie Marco Veil, der Chef der Regionalpolizei bereits jetzt sagt, sind sie tatsächlich auch schon mit dem heutigen Mannschaftsbestand wieder am Limit, trotz der kürzlich erfolgten Aufstockung.

Warum erhalten wir diese Vorlage schon jetzt und nicht im 2016? Der Schweizer Arbeitsmarkt für Polizistinnen und Polizisten ist völlig ausgetrocknet. Deshalb wurde vorausschauend entschieden, dass 2013 zwei Stellen und dann jährlich je eine weitere Stelle geschaffen werden, bis 2017 alle fünf Stellen vorhanden sind. Ausgebildetes Personal wäre natürlich toll. Sonst werden jedoch auch Aspirantinnen oder Aspiranten angestellt. Diese absolvieren dann zuerst die einjährige Ausbildung in der Polizeischule in Hitzkirch. Anschliessend sind sie verpflichtet, 3 Jahre im Wohler Korps zu arbeiten, ansonsten müssen sie einen Teil ihrer Ausbildungskosten zurückzahlen. Ab 2015 werden auch die Kantonspolizei und andere Regionalpolizei neue Leute rekrutieren und die Suche wird noch schwieriger.

Neue Arbeitsplätze sind zurzeit noch nicht nötig, weil in Villmergen noch zwei ehemalige Plätze zur Verfügung stehen. Investitionen für Räume, ein neues Dienstfahrzeug und Arbeitsplätze stehen auf 2014/2015 an. Geprüft wird in dem Zusammenhang auch die Zusammenlegung von Kantonspolizei und Regionalpolizei in denselben Räumen. Ressourcen könnten so besser genutzt werden und für die Kunden wäre es wesentlich einfacher, wenn beide zentral und am gleichen Ort zu finden wären.

Die einmaligen Gesamtkosten betragen CHF 1'149'000 für den Aufwuchs von 2013 bis 2017, davon soll Wohlen CHF 866'000 bezahlen. Ab 2017 sind es dann CHF 448'000 jährliche Mehrkosten, von diesen wird Wohlen CHF 260'000 übernehmen.

Wohlen bezahlt somit jeweils 58% an die Kosten der Regionalpolizei und die anderen Vertragsgemeinden die restlichen 42%.

Warum ist die Verteilung so? Laut Gemeindevertrag zwischen Wohlen und den anderen Repol-Gemeinden übernimmt die Gemeinde Wohlen einen Betrag von CHF 100'000 zur Abgeltung von Leistungen des Polizeikorps zu Gunsten der Gemeinde Wohlen, welche nicht zum Pflichtenheft der Regionalpolizei gehören, d.h. Gewerbe- und Wirtschaftspolizei, Reklamewesen, Verkehrsdienst, Parkplatzbewirtschaftung, Strassensignalisationen und Markierungen, Fundbüro und Hundekontrolle. Die restlichen Kosten werden auf die Vertragsgemeinden nach Einwohnerzahl aufgeteilt.

Eine Mehrheit der GPK ist der Meinung, dass diese Verteilung neu auszuhandeln sei. Vor allem stellt Wohlen auch die Räumlichkeiten zur Verfügung, ohne Mietanteile von den anderen Gemeinden zu verlangen.

Die GPK wollte dazu ursprünglich einen Zusatzantrag stellen. Verzichtet jetzt jedoch darauf, da in den Fraktionen weiterdiskutiert wurde und jetzt neue Anträge aus den Fraktionen gestellt werden.

Die Vorlage wurde in der GPK sehr intensiv diskutiert. Ein Thema war die Auslagerung gewisser Aufgaben – beispielsweise Parkuhren oder Instruktion von Schulkindern. Das wurde nach Auskunft des Polizeichefs auch geprüft, aber als eher heikel beurteilt. Bei den Kindern sei es im Verkehrsunterricht z.B. der erste Kontakt mit der Polizei und da sei eine positive erste Begegnung mit uniformierten Polizisten sicher wichtig.

Einerseits ist es klar, dass kantonale Vorgaben den Stellenzuwachs vorschreiben. Andererseits sind einige Mitglieder der GPK der Auffassung, dass solche Vorgaben nicht ohne weiteres und bedingungslos „eins zu eins“ in Wohlen umgesetzt werden müssen.

Auch den Zeitpunkt der Personalaufstockung finden die einen verfrüht, während andere das als weitsichtig bewerten. Überdies sei die Rekrutierung primär Sache des Kantons.

Trotz aller Bedenken ist der GPK aber auch bewusst, wie sich die Signal-Wirkung eines positiven Entscheids, gegenüber den anderen Gemeinden, darstellt. Die andern Gemeinden stimmen dem Aufwuchs um fünf Stellen und der Staffellung zu. Denn alle wünschen eine vermehrte Präsenz der Regionalpolizei auch in ihren Gemeinden und das ist nur mit genügend Personal möglich.

Die GPK stimmt letztlich der Vorlage ebenfalls mit 4 Ja- zu 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Anna Keller hat das Wesentliche erwähnt. Die Weitsichtigkeit ist sehr wichtig beim Aufwuchs der Regionalpolizei. Seit dem 1. Januar 2007 ist das Polizeigesetz, welchem die Aargauer Bevölkerung im Jahr 2005 mit grossem Mehr zugestimmt hat, in Kraft. Der Aufwuchs sollte bis 2017 vollzogen sein. Wohlen und unsere Nachbargemeinden befinden sich in einer Wachstumsregion. Die Statistik darüber im Bericht und Antrag ist eher pessimistisch gehalten.

Nicht nur das Bevölkerungswachstum sondern auch die Schäden, welche in der letzten Zeit massiv gestiegen sind, zeigen deutlich, dass die Polizei diese Stellen dringend benötigt. Ich möchte betonen, dass in den aufgelisteten Zahlen sämtliche Kosten enthalten sind. Somit auch allfällige Kosten, falls wir fünf Aspiranten ausbilden müssten. Wenn wir ausgebildetes Personal anstellen können, dann sinken dementsprechend die Kosten pro Person um rund CHF 45'000.

Die Bevölkerung hat ein Bedürfnis nach Sicherheit. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen der Gemeinderat dem Bericht und Antrag zu zustimmen.

Fraktionsmeinungen

Angst Daniel, FDP: Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass die Aufstockung von diesen 500 Stellenprozent sinnvoll ist. Wir möchten aber dies an zwei ganz wesentliche Punkte binden:

1. Dass der Gemeinderat den Gemeindevertrag betreffend der Gewährleistung einer polizeilichen Grundversorgung mit den Partnergemeinden bis spätestens Ende 2013 neu verhandelt. Die Vollkosten, die gemäss Pflichtenheft der Regionalpolizei anfallen, sind den Partnergemeinden, entsprechend ihrer Einwohnerzahl, weiter zu verrechnen. Dabei ist der aktuelle Zuschlag von 4% pro volle 500 Einwohner abzdämpfen. Auf eine Abgeltung des Standort Vorteiles ist zu verzichten.
2. Die fünf bewilligten Stellen sollen reduziert werden, sofern eine Partnergemeinde aus dem vorgenannten Vertrag aussteigt oder das prognostizierte Bevölkerungswachstum nicht eintritt.

Begründung: Aktuell werden sämtliche Kosten, wie wir dies bereits von der GPK Präsidentin gehört haben, insbesondere Benützung von den Räumlichkeiten etc. zu 100% von der Gemeinde Wohlen getragen. Diese Kosten werden heute dementsprechend nicht umgeleitet und sind deshalb neu zu verhandeln. Wie bekannt ist, hat eine Zentrumsgemeinde mehr „Hotspots“.

Die sind aber nicht gezwungenermassen auch durch die Einwohner der Zentrumsgemeinde verursacht, sondern können auch von den umliegenden Gemeinden sein. Diese Kosten sind somit auch entsprechend umzulegen.

Zusatzantrag der FDP

Dem Bericht und Antrag 12099 zum Aufwuchs des Mannschaftsbestandes der Repol Wohlen um 500 Stellenprozent sei stattzugeben unter der Voraussetzung dass

1. der Gemeinderat den Gemeindevertrag betreffend Gewährleistung einer polizeilichen Grundversorgung mit den Partnergemeinden anpasst. Die Vollkosten, die gemäss Pflichtenheft der Regionalpolizei anfallen, sind den Partnergemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl weiter zu verrechnen. Dabei ist der aktuelle Zuschlag von 4% pro volle 500 Einwohner abzdämpfen. Auf eine Abgeltung des Standortvorteiles ist zu verzichten.
2. die fünf Stellen reduziert werden, sofern eine Partnergemeinde aus dem vorgenannten Vertrag aussteigt oder das prognostizierte Bevölkerungswachstum nicht eintritt.

Begründung: Aktuell werden sämtliche Kosten weiterverrechnet, insbesondere die Benützung der Räumlichkeiten gehen zu 100% zu Lasten unserer Gemeinde. Wohlen trägt zudem pro Einwohner einen höheren Kostenanteil; dies mit der Begründung, auf Wohlen fallen überproportional viele Einsätze. Als Zentrumsgemeinde mit einem breiten Unterhaltungs- und Einkaufsangebot kommt es aber naturgemäss zu mehr Zwischenfällen, die auch von Einwohnerinnen und Einwohnern der Partnergemeinden mit verursacht werden.
Donat Ruedi, Gemeinderat: Der Vertrag stammt aus dem Jahr 2002 und ist am 1. Januar 2004 in Kraft getreten. Es ist dringend notwendig, dass dieser nachverhandelt wird. Der

Gemeinderat ist auch bereit dabei Hand zu bieten und mit diesen Gemeinden den Vertrag neu zu verhandeln. Es sollen nicht nur die Kosten sondern auch die Mietkosten als Standortvorteile mit den Gemeinden verhandelt werden. Die FDP will dem Antrag nur unter der Voraussetzung zustimmen, dass der Vertrag gleichzeitig angepasst wird. Dies ist nicht das, was im Sinn des Gemeinderates ist. Sollte dies so durchkommen, werden dem Gemeinderat die Hände gebunden. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass der Vertrag angepasst werden muss und braucht den nötigen Freiraum um dieses verhandeln zu können. Sobald ein neuer Vertrag vorliegt, wird dieser wieder dem Einwohnerrat vorgelegt.

Perroud Arsène, SP: Dieser Bericht und Antrag freut uns sehr. Der vorliegende Bericht zeigt auf, was der wirkliche Bedarf in Zukunft ist. Endlich einmal wird der Gesamtumfang aufgezeigt und nicht bloss ein Pflasterli ums andere aufgetragen. Wir danken der Repol und dem Gemeinderat für diese umfassende Information.

Wir sind der Meinung, dass es den vorgeschlagenen Personalbestand bei der Repol braucht und sind der Meinung, dass kantonale Vorgaben umgesetzt werden müssen. Eigentlich bedauern wir, dass es überhaupt nötig ist, dass wir so viele Polizisten benötigen, um ein friedliches Zusammenleben garantieren zu können. Wo viele Menschen zusammenleben, braucht es die ordnende Kraft. In einer Wachstumsregion, wie dem unteren Freiamt, ist diese Investition somit sinnvoll. Alle, die Sicherheit wollen, müssen diesem Antrag zustimmen.

Wir finden es wichtig, dass die Polizei eine gute Präsenz markieren kann und auch präventiv z.B. mit Verkehrsunterricht wirken kann. Sowieso sind wir klar der Meinung, dass es vermehrte Präventionsarbeit - von der Repol und anderen Organisationen - braucht, damit die Einsätze gar nicht notwendig werden. Wir schlagen dem Gemeinderat und der Repol vor, auch die Anstellung von Zivilpersonal zu prüfen, wenn die Rekrutierung von ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten schwierig ist. Für Aufgaben wie Parkgebührenkontrolle wäre dies eine prüfungswerte Alternative, die bereits in vielen Städten erfolgreich umgesetzt wird.

Wir werden dem Antrag des Gemeinderats zustimmen. Dem Zusatzantrag der FDP steht die SP im Grundsatz positiv gegenüber. Der Gemeinderat soll auch bei der Polizei genau überprüfen, welche Kosten die Gemeinde Wohlen für die anderen Gemeinden übernimmt, resp. wie ein Standortvorteil abgegolten werden muss. Uns erscheint der Kostenteiler nicht allzu unfair. In der Gemeinde Wohlen gibt es nun mal mehr zu tun, als in den kleinen Landgemeinden um uns. Zudem bezieht die Gemeinde Wohlen weitere Leistungen, die nicht zum Pflichtenheft der Repol gehören. Dass die Repol in Wohlen stationiert ist, hat für uns sehr viele Vorteile.

Der Antrag im Rahmen dieser Aufstockung zu stellen ist aber falsch. Die Zusammenarbeit der Repol ist in einem Gemeindevertrag geregelt. Darin steht unter anderem auch, dass die Räumlichkeiten kostenlos von den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Eine Änderung des Vertrags muss von allen Vertragsgemeinden mitgetragen werden und bedarf einer Genehmigung durch die Gemeindeversammlung resp. durch den Einwohnerrat. Der Vertrag wurde vom Einwohnerrat im Jahr 2003 genehmigt. Im Vertrag ist eine Kündigungsfrist von einem Jahr vorgesehen. Wenn die Verhandlungen nicht rund laufen, d.h. wenn andere Gemeinden nicht bereit sind, diese Veränderungen zu akzeptieren, könnte das ganze sehr lange dauern. Für uns ist es aber wichtig, dass die Sicherheit in und um Wohlen weiterhin gewährleistet ist und die Aufstockung bald erfolgen kann.

Wir können uns vorstellen, dass wir eine entsprechende Motion unterstützen würden, welche die Überprüfung und Veränderung des Gemeindevertrags zum Ziel hat. Aus unserer Sicht wird dies sowieso bei einer allfälligen Zusammenlegung von Repol und Kapo der Fall sein.

Wille Franz, CVP: „Ja nicht mehr Stellen!“ „Keine Zunahme mehr von jährlichen Kosten!“ „Zu viele Bussen und Schikanen!“ So heisst es. Andererseits heisst es auch: „Mehr Polizeipräsenz auf der Strasse!“ „Mehr Sicherheit am Bahnhof!“ „Mehr Kontrollen!“ „Härteres Durchgreifen!“ Dies alles sind Schlagzeilen und Aussagen aus der letzten Zeit, auch im Einwohnerrat. Heute gilt es Prioritäten zu setzen. Die CVP ist einstimmig dafür, dass die Sicherheit der Bevölkerung und die Dienstleistungen der Polizei Vorrang haben. Wir werden deshalb der Vorlage zustimmen.

Bei der Diskussion müssen wir zwei Sachen klar auseinanderhalten. Einerseits die Aufstockung des Polizeibestandes und andererseits die Revision des Gemeindevertrages. Die Regionalpolizei Wohlen muss in den nächsten Jahren verstärkt werden. Die Gründe sind bekannt und wurden im Bericht und Antrag genannt und sind alles in allem überzeugend. Die CVP-Fraktion stimmt dem beantragten Aufwuchs auch im beantragten Tempo zu.

Eine kleine Unsicherheit bleibt jedoch, das sich der Bedarf auf Prognosen der Bevölkerungszunahme abstützt. Es ist kaum anzunehmen, dass beispielsweise die Bevölkerung von Uezwil innert 6 Jahren um über 40% wächst. Sollte der durchschnittliche Zuwachs von über 8% für alle Gemeinden nicht eintreten, so werden wohl die zuständigen Stellen auf die vollständige Ausschöpfung der bewilligten Stellen verzichten. Es geht um allenfalls eine Stelle weniger, weil heute schon sicher drei fehlen.

Eine ganz andere Geschichte ist der Gemeindevertrag als Grundlage für die Repol. Wir haben uns in der GPK diesen Vertrag geben lassen, weil uns die Kostenverteilung im Bericht nicht auf Anhieb eingeleuchtet hat. Im Laufe der Beratungen wurde immer mehr klar, dass der Vertrag von 2003 in der jetzt bestehenden Form nicht weiter gelten kann. Verschiedenes stimmt nicht mehr und vieles ist für Wohlen nachteilig.

Zum Beispiel erfolgt die Rechnungsführung durch die Finanzverwaltung Wohlen gratis. Üblicherweise werden bei Gemeindeverträgen und Verbänden für die Verwaltung und Rechnungsführung 2% bis 3% des Sach- und Personalaufwandes in Rechnung gestellt, wie bei der Vorlage 12102, die vorhin behandelt wurde. Die Verteilung der Bussengelder ist zu überprüfen. Gemäss Vertrag ist Wohlen verpflichtet acht der ursprünglich elf Arbeitsplätze unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Weil die Posten Villmergen und Dottikon nur zeitweise besetzt sind, ist davon auszugehen, dass Wohlen heute für alle 12 Polizeipersonen die Arbeitsplätze gratis zur Verfügung stellen. Das kann ja für die zusätzlichen fünf nicht auch noch in Frage kommen. Zurzeit müsste Wohlen vier Arbeitsplätze der Repol in Rechnung stellen. CHF 100'000 zahlt Wohlen im Voraus als Abgeltung von Leistungen, die nicht im Pflichtenheft der Repol stehen. Als Beispiel werden im Vertrag aber auch Leistungen aufgeführt, die auch im Pflichtenheft stehen. Ob die Repol auch Leistungen für andere Gemeinden erbringt und diese in Rechnung stellt, ist nicht ersichtlich.

Die restlichen Kosten werden pro Einwohner verteilt, allerdings auf die sogenannt massgebenden Einwohner. Zu diesem Zweck wird die effektive Einwohnerzahl um 4% pro volles Fünfhundert erhöht. Die effektive Einwohnerzahl von Wohlen von 14'623 wird so zu einer massgebenden Einwohnerzahl von 31'586 oder 216%. In dieser Berechnungsart liegt die Ursache dafür, dass Wohlen zwar 45% der Einwohner stellt, aber zwischen 55% und 60% der Kosten trägt. Pro Einwohner zahlt Wohlen CHF 56.49, Waltenschwil CHF 31.38. Wohlen trägt so überproportionale Kosten im Vergleich zu seinen Nachbarn, dafür haben alle anderen ausnahmslos einen tieferen Steuerfuss und, mit Ausnahme Uezwil, einen höheren Pro-Kopf-Steuerertrag.

Die Repol-Kommission besteht noch aus acht Gemeindevertretern. Der leitende Ausschuss hat fünf Mitglieder. Diese fünf Mitglieder sagen dann den übrigen drei, was bereits mehrheitlich beschlossen ist. Die Zusammenlegung von Kapo und Repol an einem zentralen

neuen Standort, ein Projekt, welches wir unterstützen, erfordert ohnehin neue Vereinbarungen und Kostenverteiler. Zusammenfassend gesehen ist es offensichtlich, dass der Vertrag neu ausgehandelt werden muss.

Die GPK machte sich, betreffend den Zusatzanträgen, viele Gedanken. Die Absicht, mit dem Aufwuchs auch eine Vertragsüberarbeitung einzuleiten, war unbestritten. Der Wortlaut des Antrages hingegen schon. Nachdem unterdessen diverse Ideen und Anträge aufgenommen und wieder verworfen wurden, bleibt noch ein Antrag übrig. Und dieser wurde heute noch einmal abgeändert, 2013 als Termin gesetzt.

Wie revidiert man einen Vertrag? Wenn Wohlen mit seinen Nachbargemeinden anständig umgehen will, kann man nicht mit apodiktischen Forderungen in die Verhandlungen gehen, da es so nichts mehr zu verhandeln ist. Der Kostenverteiler ist nur einer der Verhandlungspunkte. Wir müssen mit unseren Nachbarn echte Verhandlungen führen und sie von der Richtigkeit unserer Argumente überzeugen. Wenn Wohlen weniger zahlen soll, müssen ja die anderen bereit sein, mehr zu zahlen. Das werden sie nur tun, wenn die Argumente stichhaltig sind. Nur so kommt ein neuer Vertrag zustande.

Das Meiste im Antrag der FDP kann man unterstützen. Natürlich müssen wir von Vollkosten ausgehen und diese anschliessend fair verteilen. Der Fehler des Antrags der FDP liegt in der beabsichtigten oder unbeabsichtigten Reihenfolge im Vorgehen. Der Antrag lautet ja, verkürzt auf den Kern:

„Dem Antrag zum Aufwuchs sei stattzugeben, unter der Voraussetzung, dass der Gemeinderat den Gemeindevertrag mit den Partnergemeinden anpasst.“

Das heisst mit anderen Worten, zuerst muss der Gemeindevertrag angepasst werden. Erst nach Erfüllung dieser Voraussetzung kann die Repol den Aufwuchs vornehmen.

Dies bedeutet, dass vorgängig, noch vor Ende Jahr, der Gemeindevertrag gekündigt werden müsste. Die Kündigungsfrist beträgt hierbei ein Jahr. Somit würde dies frühestens auf Ende 2013 in Kraft treten. Bis dahin, allenfalls ein Jahr später, muss der Gemeindevertrag mit allen sieben Partnergemeinden überarbeitet und eine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Weil es dabei um einen Vertrag mit erheblichen finanziellen Auswirkungen geht (§ 20 Abs. 2 lit. h, GG), muss er von den Gemeindeversammlungen der Vertragsgemeinden sowie vom Einwohnerrat Wohlen genehmigt werden. Das Fazit daraus ist, dass der beabsichtigte Aufwuchs um fünf Stellen nicht vor 2014, sogar eher nach 2015, starten könnte.

Wenn man das will, kann man dem Antrag der FDP zustimmen. Ich werde aus grundsätzlichen Überlegungen dem Zusatzantrag, wie schon in der GPK, nicht zustimmen. Gerne möchte ich einen anderen Weg vorschlagen. Am einfachsten und zielführendsten wäre meiner Meinung nach, wenn der Gemeindeammann vor dem Einwohnerrat erklärt, dass der Gemeinderat den Vertrag überarbeiten will und mit den Vertragsgemeinden die nötigen Verhandlungen baldmöglichst aufnehmen wird. Weiter erklärt er, dass in der Zwischenzeit keine finanziellen Zugeständnisse gemacht werden, welche über den Wortlaut des geltenden Vertrages hinausgehen. Gemeinderat Ruedi Donat hat diese Zusicherung vorhin abgegeben. Wenn der Gemeinderat diese Erklärung abgibt, glaube ich ihm. Es braucht dazu keinen parlamentarischen Vorstoss und wir können mit dem Aufbau der Repol wie geplant beginnen. Sollten die Verhandlungen über einen neuen Vertrag auf Widerstand stossen und nur harzig voran kommen, haben wir das Mittel der Kündigung immer noch in der Hand. Ich bitte den Gemeinderat um eine klare Stellungnahme. Weiter bitte ich den Einwohnerrat um Zustimmung zur Vorlage Aufwuchs der Regionalpolizei und um die Ablehnung des Antrages der FDP.

Brunner Edwin, SVP: Mehr Polizei gleich mehr Sicherheit. Diese Gleichung stimmt sicher. Es wird immer gesagt, dass die SVP der konservative Flügel in jedem Parlament sei. Das bedeutet, dass wir im Allgemeinen hinter dem Bevölkerungsschutz stehen. Wir stehen hinter der Armee, Polizei, Feuerwehr, Zivilschutz und der Sanität. Das machen wir unter gewissen Voraussetzungen.

Wir haben am heutigen Abend bereits gehört, dass die Aufstockung nötig sei und wie sich die Kosten gestalten. Die SVP sieht es als nötig, dass der Gemeindevertrag überarbeitet wird, denn dieser ist jetzt bereits 10 Jahre alt. Es gibt einige Passagen darin, die einfach nicht mehr gültig sind. Jetzt haben wir die Chance den Vertrag neu zu verhandeln. Jetzt können wir dem Gemeinderat das Werkzeug, um etwas zu unternehmen, geben. Ansonsten gehen nochmals 10 Jahre vorbei und es wird nichts gemacht. Wir müssen heute zur Aufstockung Ja sagen, aber nur unter der Voraussetzung des Zusatzantrages der FDP. Anders geht es nicht. Wir alle verdanken dem Bevölkerungsschutz sehr viel und viele von uns haben sicher auch schon einmal die Repol gebraucht. Heute braucht die Repol uns, in Verbindung mit dem Zusatzantrag von der FDP. Mit diesem Zusatzantrag geben wir dem Gemeinderat die Möglichkeit den Gemeindevertrag neu zu verhandeln. Der Antrag ist somit ein wichtiges Instrument, um einen zeitgemässen Gemeindevertrag zu erarbeiten. Das Vorgehen ist eigentlich das gleiche, wie dasjenige, welches von Daniel Angst erläutert wurde. Wenn der Einwohnerrat heute Abend keinen Scherbenhaufen will, empfehlen wir Ihnen den Zusatzantrag anzunehmen. Die SVP unterstützt den Bericht und Antrag 12099 einstimmig mit der Voraussetzung, dass der Zusatzantrag angenommen wird. Ansonsten wird sich die SVP gegen den Bericht und Antrag stellen. Bitte riskieren Sie nicht, dass die Vorlage abgelehnt wird. Die Repol braucht heute Ihre Unterstützung und deshalb bitten wir Sie zum Zusatzantrag Ja zu stimmen.

Angst Daniel, FDP: Was kommt zuerst das Huhn oder das Ei? Tatsache ist, wenn Sie heute eine Anstellung antreten, unterschreiben Sie zuerst einen Arbeitsvertrag bevor Sie anfangen zu arbeiten.

Es ist nicht mehr als legitim, dass die Gemeinde Wohlen weiss, aufgrund eines Vertrages und Regelwerkes, welche Kosten auf sie zu kommen. Weiter ist es nicht mehr als fair, den Partnergemeinden gegenüber offen zu legen, welche Kosten auf Sie zukommen.

Burkard Thomas, Grüne: Es ist tatsächlich auch für mich schwierig gewesen, bei den Zusatzanträgen den Überblick zu bewahren. Zudem teile ich nicht die pessimistischen Worte von Edwin Brunner. Ich finde man könnte dem Gemeinderat mehr zutrauen. Wir befürworten grundsätzlich den Aufwuchs der Repol. Die Bevölkerung verlangt mehr Sicherheit und damit mehr Polizeipräsenz. Zudem nehmen die Aufgaben der Polizei zu, dies ist allen bekannt. Wir sind jedoch auch der Ansicht, dass der genannte Gemeindevertrag, welcher am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist, neu verhandelt werden sollte. Mit Betonung auf verhandeln. Der Gemeinderat kann den Gemeindevertrag nicht einfach eigenmächtig anpassen, dessen muss sich die FDP bewusst sein, sondern es muss nachverhandelt werden. Der Vertrag sollte hinsichtlich seiner Einwohnerzahlen und der Prognosen diesbezüglich aktualisiert werden. Aber auch die Kostenverteilung muss genau unter die Lupe genommen werden. Dabei ist zu beachten, dass eine Vollkostenrechnung, inkl. der Miete der Räumlichkeiten und so weiter, gemacht wird und dass auf eine Abgeltung, auf einen sogenannten Standortvorteil, verzichtet wird. Darüber stimmen wir mit Meinung der FDP überein. Zudem ist auch die Progression von den 4% pro 500 Einwohner zu hinterfragen. Dies ist ein Verhandlungsbestandteil, welcher bei den Nachverhandlungen diskutiert und verhandelt gehört. Das Ziel der Verhandlungen sollte sein, dass die Kostenverteilungen transparenter erfolgt und Wohlen, vermutlich berechtigt, die Hoffnung haben kann, dass die Kostenbelastung für unserer Gemeinde tiefer ausfallen wird.

Uns geht es vor allem darum, die Kostenbelastung der Zentrumsgemeinde Wohlen in diesen Bereichen zu erleichtern. Auch wenn dies wohl ein Fernziel darstellt, möchten wir in diesem Sinn die Stossrichtung der FDP unterstützen. Wir betonen jedoch, dass kein unnötiger Druck aufgesetzt werden soll. Dem Gemeinderat soll der nötige Verhandlungsspielraum gelassen werden. Ein zeitliches Limit zu setzen erachten wir somit als falsch. Wir wollen nicht, dass am Ende alle Gemeinden aussteigen. In diesem Sinn müssen wir realistisch bleiben und im Ton, gegenüber der Partnergemeinden, gemässigt. Wir unterstützen den vorliegenden Bericht und Antrag. Der Gemeindevertrag sollte jedoch nachverhandelt werden. Eine Verknüpfung von beidem erachten wir als unglücklich. Sätze wie: „unter der Voraussetzung dass“, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Wir wollen, dass die Einführung 2013 beginnen kann, ansonsten verlieren wir unentbehrliche Zeit.

Sax Simon, EVP/Freis Wohle/Grünliberale: Wir haben die Vorlage intensiv diskutiert und uns darüber eingehend informiert. In der Vorlage geht es um zusätzliche fünf Stellen, dies stellt somit ein gewichtiger Antrag dar. In Steuerprozenten ausgedrückt handelt es sich um 1%. Dies wäre, bei einer Annahme, zukünftig als gebundene Ausgabe ab 2017 alljährlich im Voranschlag enthalten. Dies ist für uns ein wichtiger Grund, der gegen die Annahme der Vorlage spricht. Wohlen kann und sollte sich nicht solche zukünftigen gebundenen Ausgaben aufbürden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob wir überhaupt eine Wahlmöglichkeit haben.

Im Polizeigesetz vom Dezember 2005 ist geregelt, wie viele Polizisten es braucht. Somit scheint es so, dass wir eigentlich gar keine Wahl haben, denn auch die Gemeinde Wohlen muss sich daran halten und ihren Beitrag leisten. Es geht also nur um das zeitliche Vorgehen. Den vorgeschlagenen Fahrplan finden wir gut und unterstützen ihn. Vielleicht gelingt es ja so, auch noch den einen oder anderen ausgebildeten Polizisten anzustellen. So würden sich die Kosten massgeblich reduzieren.

Die Polizei ist ja ein Schichtbetrieb. Wir stellen uns die Frage, ob jeder Polizist wie im Antrag erläutert, einen eigenen und exklusiven Arbeitsplatz benötigt. Wir kommen zum Schluss, dass dies nicht der Fall ist, denn es sind schätzungsweise nie mehr als die Hälfte, der angestellten Polizisten im Dienst oder gar im Büro anzutreffen. Hier gibt es definitiv noch Optimierungspotential. Wir werden dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Wir sind jedoch, wegen der zunehmenden Kostenlast für die Gemeinde, wenig begeistert darüber.

Wir sind ebenso der Ansicht, dass der Gemeindevertrag, welcher anscheinend schon seit der Repol-Geburtsstunde besteht, unbedingt überarbeitet werden soll. Zuviel hat sich in den letzten Jahren geändert und eine Gesamtüberarbeitung macht somit durchaus Sinn. Soweit sind sich alle Mitglieder des Einwohnerrates einig. Es scheint eine Frage des Vertrauens gegenüber dem Gemeinderat zu sein. Wir glauben dem Gemeinderat, dass er den Gemeindevertrag in absehbarer Zeit verhandeln wird. Wir werden deshalb dem Zusatzantrag in dieser Form nicht zustimmen.

Einzelvoten

Duschén Andrea, FDP: Ich habe eine Bemerkung zur Aussage von Ruedi Donat. Er hat gesagt, dem Gemeinderat sei es klar, dass nachverhandelt werden muss. Wenn das so klar wäre, hätte ich im Bericht und Antrag etwas erwartet davon. Von einer Nachverhandlung wird jedoch gar nichts erwähnt. Wir fordern den Gemeinderat auf, den Gemeindevertrag neu zu verhandeln. Uns ist selbstverständlich klar, dass für solche Verhandlungen ein anständiger Ton gewählt werden muss. Es muss jedoch auch klar sein, dass wenn eine Ge-

meinde nicht einverstanden ist mit dem Vertrag oder mit unseren Vorschlägen, dass sie dann die Möglichkeit hat, die Leistungen bei der Kantonspolizei einzukaufen. Ich beschäftigte mich insbesondere mit dem Bevölkerungswachstum. Wohlen hat von 2003 bis heute eine Zunahme von 11,5%, Villmergen 25,5%, Waltenschwil 29%, Uezwil 57% und Dintikon 53%. Dieses Wachstum ist prozentual in keinem Verhältnis gegenüber dem von Wohlen. Diese wichtige Tatsache sollte bei den Verhandlungen auf jeden Fall berücksichtigt werden.

Geissmann Thomas, FDP: Franz Wille hat bereits sehr gute Argumente erwähnt. Einerseits dürfen wir nicht alle Vollkosten weiter verrechnen und wir müssen Kosten auf die eigene Kappe nehmen und andererseits zahlen wir beispielsweise pro Kopf doppelt so viel wie die Gemeinde Büttikon für einen Einwohner. Das ist doppelt so unfair und kann so nicht akzeptiert werden. Die Aufteilung und Weiterverrechnung der Kosten muss vom Gemeinderat dringend überdacht werden und die Verhandlungen müssen in die entsprechende Richtung geleitet werden. Ein wichtiger Verhandlungspunkt ist der pro Kopfbeitrag, welcher sicher nicht einfach sein wird. Aus diesem Grund lässt unser Antrag dies noch offen. Wir sagen nicht ein Wohler wird gleich viel zahlen müssen wie ein Büttiker. Wir lassen dort dem Gemeinderat die Freiheit. Aus diesem Grund verstehe ich jetzt nicht genau, wo das Problem liegt. Die Aussage von Franz Wille, betreffend der Kündigungsmöglichkeit, stimmt schlichtweg nicht. Man kann heute bereits zuarbeiten, auf die Vertragsgemeinden zugehen und sollte es zu keinem Konsens kommen, hat jede Vertragsgemeinde die Möglichkeit den Vertrag zu kündigen. Erwartet nicht, dass man umarmt wird von den anderen Vertragsgemeinden. Diese möchten natürlich unbedingt weiter am bestehenden Vertrag festhalten. Das ist ganz normal, weil er eben zum Nachteil von Wohlen bzw. zu ihrem Vorteil ausgelegt ist.

Als Volksvertreter sollten wir nicht nur einfach Wünsche äussern, sondern zum Ausdruck bringen, was wir verlangen und was wir wollen. Wir sind zur Äusserung unseres Willens im Einwohnerrat. Bitte nehmen Sie diese Verantwortung wahr und stimmen Sie diesem Antrag zu. Nur dann können wir den Gemeinderat in eine stärkere Lage versetzen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Die Äusserungen stimmen mehrheitlich. Der Antrag entsteht unter der Voraussetzung, dass der Gemeindevertrag neu verhandelt wird. Somit kann dem Aufwuchs zugestimmt werden. Der Gemeinderat kann nicht garantieren, dass das so umgesetzt wird, wie der Einwohnerrat es verlangt. Die Kosten des Aufwuchses sind den Vertragsgemeinden bekannt.

Als interimistischer Vorsteher des Polizeiwesens teile ich Ihnen mit, dass der Gemeindevertrag nachverhandelt wird. Wir werden dabei die Vollkosten berücksichtigen. Wir möchten, dass der Vertrag so zustande kommt, dass er für die Gemeinde Wohlen und auch für die Nachbargemeinden stimmt. Bereits im Jahr 2010 ist der Vertrag in Verhandlung gewesen. Damals ist es gescheitert, weil die Nachbargemeinden nicht zugestimmt haben.

Ich erachte die Aussage von Edwin Brunner, es würde wieder 10 Jahre andauern, als eine masslose Unterstellung. Wenn der Gemeinderat die Neuverhandlung bekannt gibt, dann wird dies auch gemacht.

Stäger Urs, SVP: Dieser Vertrag zerbricht nicht, nur weil wir darauf bestehen, dass die Kosten fair aufgeteilt werden. Es gibt auch keinen Zeitverlust. Überhaupt nicht! Der Gemeinderat weiss das schon lange, dass es fünf neue Polizisten gibt. Hätte der Vertrag früher verhandelt und zum Abschluss gebracht werden können, dann hätten wir jetzt schon nicht mehr diskutieren müssen.

Wie handhabt es eigentlich der Kanton? Fragt er auch den Gemeinderat und sagt, wir möchten jetzt beim öffentlichen Verkehr zum Beispiel die Kosten heraufsetzen? Wohl

kaum, hier kommt einfach die Vorgabe wie viel es pro Kopf kostet. Man sieht es heute bei der Anfrage von Bruno Bertschi. Obwohl ein Termin gesetzt ist, wird dieser nicht eingehalten. Also wenn der Einwohnerrat den Zusatzantrag der FDP nicht annimmt, dann wird der neue Repol-Vertrag vermutlich auf etwa 2025 in Kraft treten.

Bertschi Bruno, SVP: Ich habe eine Frage an Ruedi Donat. Warum sind die Vertragsverhandlungen im 2010 gescheitert? Das würde mich sehr interessieren und ich hätte darauf gerne eine ehrliche Antwort.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Die Verhandlungen sind gescheitert, weil diese im Sand verlaufen sind. Die Gemeinden erklärten, sie hätten einen bestehenden Vertrag und der ist dort nicht weiter geführt worden. Der Grund für die lange Zeitdauer wird mit dem Wechsel im Departement begründet. Ich habe dies ganz kurzfristig übernommen.

Geissmann Thomas, FDP: Ich wage eine Voraussage zu machen. Man nimmt dankbar an, dass jetzt die fünf zusätzlichen Leute akzeptiert werden. Man kommt im Verlauf vom Jahr 2013 zurück mit der Meldung, dass die Verhandlungen leider gescheitert sind, dass man nicht mehr herausholen konnte und das war es. Das wird passieren. So wahnsinnig viele Forderungen stellen wir nicht. Wir sagen einzig, und das ist doch völlig legitim, wir möchten, dass Vollkosten mit Vollkosten gerechnet werden und dass diese entsprechend weiter verrechnet werden. Wir sind sogar bereit, dass Wohler pro Kopf mehr bezahlen als andere Gemeinden. Es ist klar, in Büttikon gibt es weniger Verkehrsunfälle als in Wohlen. Ich behaupte aber nicht, alle, welche in Wohlen verunfallen sind auch von Wohlen. Da gibt es sicher noch ein paar aus anderen Gemeinden. Unsere Anliegen sind nicht so hoch.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Bei den damaligen Verhandlungen war unter anderem die Anstellung Repol ein Diskussionspunkt. Hierbei bestand nie die Stallorder, dass der Vertrag betragsmässig angepasst werden muss. Die Verhandlungen wurden damals noch von Gemeinderat und Ressortverantwortlichen Toni Schürmann geführt. Allenfalls kann hierzu Marco Veil noch eine Stellungnahme abgeben, welche weiteren Punkte damals zur Diskussion gestanden haben. Es wurde damals kein Vertrag verabschiedet.

Die Regionalpolizei Wohlen funktioniert sehr gut. Die Dienstleistungen werden von den anderen Gemeinden geschätzt. Wäre dies nicht der Fall, hätten die andere Gemeinden bereits gekündigt. Dies ist ein Thema, auf welches ich bei Gelegenheit auch immer die Gemeindeammänner anspreche. Das sind eine Art Möglichkeit ein Controlling zu machen.

Mit Staunen habe ich den Antrag der GPK zur Kenntnis genommen. Ich war der Meinung, dass der Gemeinderat die Bedingungen bis 2013 anschaut. Dies war jedoch nicht als Auflage und Voraussetzung formuliert, wie es die FDP gemacht hat. Die GPK wollte, dass jetzt dem Aufwuchs zugestimmt wird und anschliessend der Gemeindevertrag angeschaut wird. Dass aufgrund der Fraktionsdiskussionen, die GPK den Antrag fallen lässt, hat mich überrascht.

Der ursprüngliche Bericht und Antrag wurde am 17. März behandelt und mit 36 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen klar angenommen. Alle diese Elemente, welche von Ihnen zahlenmässig genannt wurden und alle Konditionen, welche Sie jetzt in Frage gestellt haben, wurden offen dargelegt. Das ist der Geist dieser Zeit gewesen.

Ich habe die gleiche Meinung wie Arsène Perroud und Franz Wille. Franz Wille hat gesagt, der Vertrag wurde im Jahr 2003 gemacht. Jetzt in der heutigen Zeit ist es nachteilig, wenn mit Verträgen aus der Neuzeit verglichen wird. Zum Beispiel beim Betreibungsamt. Hier wurde mit Vollkosten gerechnet, Bürokosten und Gemeindegeldern wurden mit einberechnet.

Man kann auf zwei Seiten denken und Franz Wille kann mir das attestieren, denn er ist jahrelang in der grössten Nachbargemeinde Villmergen Gemeinderat gewesen und kann sich gut in die Rolle hineinversetzen. Die Wohloptik, welche der Einwohnerrat hat und die Optik aus Sicht der Nachbargemeinden. Was kommt von Wohlen her? Wie müsste man mit miteinander umgehen? Er hat zu Recht gesagt, dass man anständig umgehen muss mit den Nachbarn. Es braucht echte und überzeugende Verhandlungen. Alles was hier gesagt wird, wird im Protokoll und in der Presse festgehalten. Ich versichere Ihnen, der Gemeinderat nimmt dies sehr ernst.

Betreffend der Aussage zum Thema Sicherheit von Edwin Brunner, erlaube ich mir das Plakat der SVP „Sicherheit für alle“ von den letzten Einwohnerratswahlen zu erwähnen. So heisst es:

- Sicherheit für alle!
- Hundertprozentige Sicherheit am Bahnhof!
- Konsequentes Durchgreifen der Polizei!

Kürzlich haben noch die Grossratswahlen stattgefunden. Die Meinung des Präsidenten Roland Vogt werde ich nicht weiter erläutern. Wir teilen diese Meinung, ich sage das vorbehaltlos. Es ist vielleicht kühn wenn Sie hören, heute braucht die Repol uns. Edwin Brunner, ich hoffe, es geht Ihnen weiterhin gut? Aber soweit würde ich nicht gehen. Ich meine, dass ist eine falsche Haltung.

Simon Sax ist ein brillanter Analytiker und es stimmt, es gibt nur einen einzigen Grund dagegen zu sein und zwar aufgrund der finanziellen Belastung. Ich finde es wichtig, dass ausgebildete Polizisten eingestellt werden. Die letzten Jahre hatten wir das Glück, dass die Repol gut funktioniert und geführt wurde. Wir konnten immer wieder Personal von auswärts anstellen. Heute haben wir die Situation, dass sich eigentlich die Gemeinden bei den Polizisten bewerben und nicht umgekehrt, da es an Polizisten mangelt. Ein Polizist kann heute auswählen, wo er arbeiten möchte. Schlussendlich, wenn sie das ganze Zahlensystem vom Kanton und den Gemeinden anschauen, können wir nicht bei anderen Gemeinden Polizisten abwerben, sondern müssen auch selber beginnen Leute auszubilden. Aus diesem Grund können wir uns nicht darauf verlassen, dass wir bereits ausgebildete Polizisten einstellen können. Die Konsequenzen hat Ruedi Donat bereits erläutert.

Thomas Geissmann wollte wissen, was eigentlich das Problem ist, dass man sich so schwer tut? In den meisten Fällen diskutiert der Einwohnerrat und fasst Beschlüsse. Was diskutiert wird, hat für die ausstehenden Leute der Nachbargemeinden mehr oder weniger Unterhaltungswert. Jetzt aber ist Wohlen die grösste Gemeinde.

Die Haltung, welche durch den Einwohnerrat heute eingenommen wird, ist wichtig. Die anderen sieben Gemeinden müssen die notwendigen Beiträge in ihr Budget 2013 einstellen. Sie stehen jetzt am Anfang der Entscheidungskette. Ihr Beschluss ist die Grundlage für die Diskussionen, welche in den anderen Gemeinden stattfindet.

Gerne möchte ich noch ein Beispiel ansprechen. Ein Thema bei einer Zusammenkunft im Frühling vor einem Jahr war die Eisbahn. Da hören Sie die Aussage, dass der Einwohnerrat einfach über die Meinung der Repol-Kommission hinweg geht. Damals ging es um ein Polizeiauto.

Die Personen, welche Mitglied in einer Kommission sind, seien es Gemeinderäte oder Gemeindeammänner, fragen was sie überhaupt für eine Rolle spielen. Beim Projekt Eisbahn werden wir auf die Region angewiesen sein. Es ist wichtig, dass man sich jetzt in solchen

Fragen richtig verhält. Es geht um die Verlässlichkeit der Gemeinde Wohlen als Partnerin. Wir haben eine Repol die funktioniert und dies möchten wir weiterhin nutzen.

Es ist gut und richtig was Sie da gesagt haben. Ich lade die FDP ein, mit dem Blick aufs Ganze, den Antrag zurück zu ziehen. Es ist protokolliert. Es ist gut, dass die Diskussion da ist. Der Einwohnerrat bringt zum Ausdruck, welche finanziellen Interessen die Gemeinde Wohlen wahrnehmen soll. Es ist jedoch wichtig, dass Sie uns die Freiheit geben. So wie der Antrag formuliert ist, also mit einer Voraussetzung, bedeutet, dass der Einwohnerrat Ja sagt, es gilt als gekündigt. Das wäre nicht richtig.

Wir durften letzten Freitag bei der Zusammenkunft der Gemeindeammänner den Chef der Kapo Ost begrüßen. Er hat eindrücklich geschildert, mit welchen Problemen die Kapo heute zu tun hat. Es hat jetzt alles seine Vor- und Nachteile. Es geht jetzt darum, den Hauptentscheid zu fällen und den Aufwuchs der Repol zu garantieren. Die Polizei kann sich aufrüsten. Die Botschaft, dass der Gemeinderat die Neuverhandlungen aufnimmt und die Konditionen für die Gemeinde Wohlen verbessert, nehmen wir auf. In diesem Sinn lade ich die FDP ein, den Antrag zurück zu ziehen oder diesen abzulehnen und am Schluss dem Aufwuchs zuzustimmen.

Vogt Roland, SVP: Die Bevölkerung möchte mehr Sicherheit. Wir brauchen mehr Polizisten. Dies haben wir von allen gehört. Wieso ist das so? Wir haben ein Asyl- und Ausländerproblem. Mittelinks sagt danke. Sie haben es wenigsten erkannt, dass wir mehr Stellen brauchen. Das ist schon mal schön. Es ist aber nicht nur, dass Wohlen mehr Sicherheit möchte, auch die Bevölkerung in den Verbandsgemeinden möchte mehr Sicherheit. Darum sind sie auch bereit mehr zu bezahlen. Das mit Garantie. An der Budgetdebatte haben wir kürzlich vernommen, wir müssen mehr Einnahmen generieren. Das sind Einnahmen, wenn wir von den Verbandsgemeinden mehr verlangen können. Also hören wir doch auf zu jammern. Ab 2014 können wir dies generieren. Wenn sich der Gemeinderat selber Handschellen anlegen möchte, soll er das machen. Er hat über ein Jahr Zeit, um diese Verhandlungen mit Partner und Verbandsgemeinden zu führen. Die sind bereit mehr zu investieren für die Sicherheit. Also soll er dies machen. Protokolliert ist auch das Chinderhuus gewesen. Wir haben bis heute noch nichts. Also ich bitte Sie, den Antrag der FDP zu unterstützen.

Geissmann Armin, FDP: Wir möchten den Gemeinderat Freiheiten geben und ihm keine Handschellen anlegen. Dies ist eine ganz gute Führungsmöglichkeit. Bitte denken Sie vorwärts und unterstützen Sie unseren Antrag.

Meyer Meinrad, CVP: In den Grundsätzen sind wir uns völlig einig. Das Geschäft würde, wie die ersten zwei, einstimmig durchgehen. Eine offensichtliche Vertragsverbesserung, da sind wir uns auch einig. Die Polizeiaufstockung brauchen wir. Jetzt soll es an so einer Lappalie, wie mit diesem Zusatzantrag, scheitern. Die Kosten müssen verringert werden. Der Gemeinderat Ruedi Donat hat versprochen, dass der Gemeinderat die Nachverhandlungen aufnimmt. Ist denn das Vertrauen des Einwohnerrates in den Gemeinderat so dermassen gering? Ich gebe zu, ich bin schon etwas erschüttert darüber und bitte Sie, den Antrag der FDP, wenn er nicht umformuliert wird, abzulehnen und den Antrag des Gemeinderates anzunehmen.

Wille Franz, CVP: Es wurde behauptet, dass ich möchte, dass der Vertrag gekündigt wird. Dies habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, wir sollen verhandeln. Sollte sich zeigen, dass diese Verhandlungen zu keinem Resultat führen, so hätten wir immer noch das Mittel der Kündigung in der Hand. An dieser Aussage halte ich fest.

Für mich ist es eine Frage der Rechtssicherheit und deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt darüber abstimmen. Dann können wir die Polizisten ab 2013 einstellen, wenn der Zusatzantrag genehmigt wird.

Was passiert wenn Ende 2013 keine Resultate vorliegen, betreffend Neuverhandlung des Vertrages? Der Antrag wurde jetzt ja verschärft und es liegt nichts Schriftliches vor. Können wir dann weitere Polizisten einstellen, oder nicht? Wir wissen das nicht. Es ist nicht einmal für mich ganz klar, ob der Antrag der FDP als Gegenantrag oder als Ergänzungsantrag zu betrachten ist. Ich hoffe, wir können uns auf den Ergänzungsantrag einigen, damit wir wenigstens im ersten Teil, nämlich beim unbestrittenen Aufwuchs von der Repol, alle zustimmen können.

Angst Daniel, FDP: Wir reden von Lappalien. Das überrascht mich natürlich. Da wir nicht allzu lang zurück den Voranschlag 2013 in stundenlangen Diskussionen behandelt haben. Fakt ist CHF 1'491'000 sind Investitionskosten zu Lasten Kostenanteil Wohlen. Eine weitere Lappalie, wenn ich das so formulieren darf, ist der Betrag für die Ausbildung CHF 866'000. Im Jahre 2013 entstehen für diese zwei Stellen somit voraussichtliche Bruttomehrkosten von CHF 288'000, das wischt gerademal den Voranschlagsgewinn weg. Im Jahre 2014 sind es CHF 296'000. Ich fahre fort im Jahre 2015 entstehen Kosten von CHF 372'000. Im Jahr 2016 entstehen weitere Kosten von CHF 534'000. Also von Lappalien kann sicher nicht die Rede sein. Darum soll unser Antrag dem Gemeinderat ein Stück weit die Verpflichtung auf den Weg geben. Es ist wichtig, dass der Vertrag sauber und neu ausgehandelt wird.

Meyer Meinrad, CVP: Der Gemeinderat hat versprochen, dass er nachverhandelt. Ich bin überzeugt davon, dass mit einem neuen Vertrag und mit den Nachverhandlungen alles viel besser wird. Unseren Nachbargemeinden ist auch klar, wie sich die Sachlage darstellt und sind sicher bereit Hand zu bieten, wenn man anständig und vernünftig miteinander redet.

Burkard Thomas, Grüne: Ich bin überzeugt, dass der Gemeinderat auch ohne Zusatzantrag von der FDP gut verhandelt. Diese Leute sind nicht auf den Kopf gefallen. Ich finde wirklich dieses Misstrauen ist fehl am Platz. Zu Verhandlungen gehören verschiedene Verhandlungspartner. In diesem Fall sind das die verschiedenen Vertragsgemeinden. Es ist nicht so, dass die Gemeinde Wohlen das Diktat aussprechen kann. Bei dieser Verhandlung ist es ein Geben und ein Nehmen und das muss man sich bewusst sein. Es soll kein Diktat sein, sondern es ist ein Verhandeln.

Ich möchte dem Gemeinderat den Handlungsspielraum lassen und ihn nicht in Ketten legen, mit Auflagen wie „unter der Voraussetzung“. Das ist falsch formuliert. Wenn Sie was machen möchten, dann müssen Sie den Antrag umformulieren oder eine Motion einreichen. Eine Verknüpfung des Bericht und Antrages mit diesem Zusatzantrag finde ich zum jetzigen Zeitpunkt falsch.

Suter Stephan, SP: Ich glaube wir können heute noch ein paar Stunden so weiter machen mit diesem Pingpong-Spiel. Die Fronten sind klar. Ich bitte die Einwohnerratspräsidentin Marlis Spörri einen Entscheid herbei zu führen.

Vom Gemeinderat möchte ich noch wissen, bis wann er beabsichtigt anzufangen und bis wann dies beendet ist? Weiter möchte ich wissen, welches Mitglied des Gemeinderates hierfür zuständig ist.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Wir haben nächsten Mittwoch eine Repol-Kommissionssitzung und an dieser ist auch das genannte Thema traktandiert. Wir werden dann das weitere Vorgehen besprechen. Ich gehe davon aus, dass wir innert einer nützlichen Frist den Antrag annehmen und bis im Jahr 2013 darüber abstimmen können.

Thiébaud Alain, Freis Wohle/Grünliberale: Es ist wichtig, dass der Gemeinderat bei den Nachbargemeinden drauf dringt, dass man den Kostenverteiler in irgendwelcher Form an-

passt. Ich möchte das Verhandlungsergebnis nicht vorweg nehmen. Man darf aber natürlich auch den Grenznutzen oder die Grenzkosten für Nachbargemeinden berücksichtigen, welche es bei einer Aufgabenwahrnehmung durch die Kapo geben würde. Ansonsten kann ich mich der Meinung von Franz Wille anschliessen. Ich habe das Gefühl, dass der Zusatzantrag nur eine zusätzliche Rechtsunsicherheit ergibt. Sind wir ehrlich, letztendlich steht und fällt der Vertrag mit dem Engagement des Gemeinderates. Man kann ihn faktisch und rechtlich auch mit einem Zusatzantrag nicht zwingen und deshalb sind wir angewiesen, dass er seine Aufgaben erfüllt.

Stäger Urs, SVP: Walter Dubler, die Repol hat heute Abend gar niemand kritisiert und Ruedi Donat was machen Sie, wenn in der Repol-Kommission eine Mehrheit sagt, wir zahlen nicht mehr? Was machen Sie dann?

Abstimmung Zusatzantrag

Der Zusatzantrag der FDP / Dorfteil Anglikon

Dem Bericht und Antrag 12099 zum Aufwuchs des Mannschaftsbestandes der Repol Wohlen um 500 Stellenprozente sei stattzugeben unter der Voraussetzung, dass

- 1. der Gemeinderat den Gemeindevertrag betreffend Gewährleistung einer polizeilichen Grundversorgung mit den Partnergemeinden anpasst. Die Vollkosten, die gemäss Pflichtenheft der Regionalpolizei anfallen, sind den Partnergemeinden entsprechend ihrer Einwohnerzahl weiter zu verrechnen. Dabei ist der aktuelle Zuschlag von 4% pro volle Einwohner abzudämpfen. Auf eine Abgeltung des Standortvorteils ist zu verzichten.*
- 2. die 5 bewilligten Stellen reduziert werden, sofern eine Partnergemeinde aus dem vorgeannten Vertrag aussteigt oder das prognostizierte Bevölkerungswachstum nicht eintritt.*

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung:

Dem gemeinderätlichen Antrag

Aufwuchses des Mannschaftsbestandes der Regionalpolizei Wohlen um 500 Stellenprozente, mit einmaligen Kosten von CHF 866'000.00 und einem jährlichen wiederkehrenden Kostenanteil ab 2017 von CHF 260'000.00 zu genehmigen.

wird mit 25 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zugestimmt.

Bericht 11143 zum Postulat 11076 betreffend Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene – Vervollständigung bezüglich Analyse der Lohnstrukturen

Manimanakis Corinne, GPK: Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, welche erst seit dieser Legislaturperiode im Rat sind, mag der Bericht 11143 betreffend Analyse von den Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene und bezüglich der Analyse der Lohnstrukturen, mit weniger Emotionen behaftet sein. Den etwas länger amtierenden Einwohnerräten wird dieses Thema aber noch in Erinnerung sein.

Am 3. Dezember 2007 reichte die FDP eine Motion, betreffend Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene, ein. Die Motion wurde vom Einwohnerrat im März 2008 in ein Postulat umgewandelt und diskussionslos überwiesen. Der Gemeinderat wurde somit beauftragt, durch einen externen Organisationsberater die Verwaltungsabläufe inkl. Führungsebene und den Lohnstrukturen zu analysieren und dem Einwohnerrat spätestens im Februar 2009 einen Bericht vorzulegen, aus welchem die nötigen Massnahmen und Folgen abgeleitet werden können.

Die Analyse wurde von der OBT AG aus St. Gallen erstellt und anfangs März 2009 von den beiden Verfassern dem Einwohnerrat vorgestellt. Zwei Wochen später wurde der Bericht im Einwohnerrat behandelt. Die damalige GPK stellte einen Rückweisungsantrag des Berichts. Es wurde gefordert, dass eine Vervollständigung, bezüglich der Analyse der Lohnstrukturen, an die Hand genommen wird. Zudem wurde eine Würdigung des Berichts gefordert, die auch die vorgeschlagenen Massnahmen, mit deren Prioritäten aufzeigen. Dies soweit, was in der Vergangenheit zum Postulat 11076, betreffend der Analyse von den Verwaltungsabläufen, geschehen ist. Der vollständige Bericht liegt jetzt ausführlich vor.

Während der GPK-Sitzung ging es hauptsächlich darum, die Lohnvergleiche zu diskutieren. Dass dieses Thema mit Sensibilität und Fingerspitzengefühl angegangen werden muss, sollte jedem klar sein. Die Gehälter können, aus Datenschutz und Persönlichkeitsschutz, nicht offen gelegt werden. Eine Vergleichstabelle ist jedoch im Anhang 1 zu finden. Diese gibt Aufschluss wie die Löhne in Aargauer Gemeinden sind und welche der Grösse von Wohlen entsprechen. Aarau und Baden sind in dieser Tabelle aber nicht mit dabei.

Ein Teil der GPK empfindet es als problematisch, dass der Lohnvergleich durch die Verwaltung selbst erarbeitet und durchgeführt wurde. Wie identisch die Lohnangaben aber wirklich sind, hat in der GPK ebenfalls Anlass zur Diskussion gegeben. Denn auf jeder Gemeinde sind die Pflichtenhefte, je nach Abteilung, wieder etwas anders. Zum Beispiel beim Bestattungsamt. Dieses ist in Wohlen bei den Löhnen der Kanzlei verbucht, in einer anderen Gemeinde dann aber wird es unter dem Konto des Zivilstandsamt verrechnet. Eins zu eins ist es also schwierig dies exakt zu vergleichen. Die GPK ist der Ansicht, dass sich das Wohler Personal mit einem Quervergleich nicht scheuen muss. Auch wenn hinsichtlich der finanziellen Situation eine „Nullrunde“ bevor steht. Also mit anderen Worten, die Löhne der Gemeindeangestellten können als angemessen bezeichnet werden. Der Bericht ist ausführlich und beantwortet auf Seite 13, unter Punkt 9, nun auch Massnahmen und Prioritäten, welche zum Teil bereits umgesetzt wurden. Aus der Sicht der GPK sind die Forderungen der letzten Zurückweisung erfüllt

Die GPK stimmt dem Bericht 11143 zum Postulat 11076, betreffend Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene- Vervollständigung bezüglich Analyse der Lohnstrukturen gutzuheissen und das Postulat als erledigt abzuschreiben, einstimmig zu.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte eine Mitteilung im Zusammenhang mit dem Anhang 1 machen. Hier ist nur die Gemeinde Wohlen ersichtlich. Die GPK erwähnte, welche Vergleichsgemeinden aufgeführt sind im Bericht. Diese objektiven Daten können Sie nachschauen und kontrollieren, wenn Sie Zweifel an unseren Erhebungen haben.

Die Daten sind zwar öffentlich, wir wollten jedoch diese nicht in der Vorlage aufführen, damit nicht auf die anderen Gemeinden gezeigt wird. Wenn Ihnen die Zahlen nützlich sind ist die gut. Sie dürfen es wissen. Wir haben es der GPK übermittelt und wer es noch nicht weiss, dem würde ich es gerne noch mitteilen. Ich bitte Sie den Bericht so zu verabschieden.

Fraktionsmeinungen

Thiébaud Alain, EVP/Freis Wohle/Grünliberale: Aus der Diskussion der Fraktionssitzung ging hervor, dass wir nicht einverstanden sind mit dem vorliegenden Bericht. Man hat damals gefordert eine Lohnanalyse von den Führungskräften der Verwaltung im Vergleich zu den anderen Gemeinden zu machen. Man hat jetzt einen Kostenvergleich von den Gesamtverwaltungskosten zu den anderen Gemeinden gemacht. Wir wissen heute immer noch nicht, wie die Gemeinde Wohlen lohnmassig bei den Führungskräften steht. Das gibt mir sehr zu denken. Wir teilen auch die Ansicht nicht, dass das Ganze mit Bezug auf die Löhne eines einzelnen Angestellten geheim sein sollte. Ich persönlich finde die Argumentation, welche im Bericht und Antrag steht relativ abenteuerlich:

„Das Gesetz regelt den Datenschutz für alle öffentlichen Organe einheitlich und auf hohem Niveau. Der Schutz der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen wird stark gewichtet. Das IDAG legt in einer strengen Form den Vorrang des Datenschutzes vor dem Öffentlichkeitsprinzip fest.“

Es ist natürlich schon relativ abenteuerlich, wenn man gerade mit dem Öffentlichkeitsgesetz das Geheimhaltungsinteresse begründen möchte, weil so etwas einfach nicht im Öffentlichkeitsgesetz steht. Man müsste schon Bezug darauf nehmen, inwiefern Persönlichkeitsrechte tangiert werden. Man könnte zum Beispiel auf Art. 28 ZGB oder auch auf die einschlägigen Bestimmungen des IDAG Bezug nehmen, wo man meines Erachtens auch nicht zutreffend referiert hat. Ich verweise vor allem auf § 19 des IDAG, bei welchem es heisst:

„Die Bekanntgabe von Daten zur Wahrnehmung von öffentlichen Aufgaben.“

Ich bin der Meinung, dass der Einwohnerrat zuständig ist für die Festlegung der Lohnstrukturen und aus diesem Grund rechtfertigt dies auch letztendlich die Herausgabe der Daten. Dies natürlich nicht in jedem Bereich. Zum Beispiel in die Unterlagen der Mitarbeiterbeurteilung, da hat man natürlich keine Einsicht. Aber, dass man generell keine Lohnvergleiche anstellen darf, das stimmt so nicht. Ich nehme auch Bezug auf die Personalverordnung des Kantons Zürich, dort steht ganz klar, welche Funktionsstufe in welche Lohnklasse eingereiht wird. Als Beispiel beziehe ich mich auf den Amtschef Adrian Hug, das ist der Chef vom Zürcher Steueramt. Er verdient laut Verordnung zwischen CHF 191'516 und CHF 268'122. Er dürfte nach dieser Massgabe bei ungefähr CHF 210'000 eingereiht sein, weil man weiss, wie lange er schon im Amt ist. Eine Persönlichkeitsverletzung sehe ich darin eigentlich nicht.

Ich habe noch einen weiteren Lohnvergleich des Verbandes vom öffentlichen Personal Schweiz. Hier wurden die Löhne des Finanzverwalters und des Steueramtsvorsteher mit anderen Gemeinden verglichen. Dort hat das offensichtlich keine Probleme dargestellt. Nach meiner Meinung wäre das also möglich. Ich möchte jedoch keinen Rückweisungsantrag stellen, es wurde bereits zu lange zu dieser Sache diskutiert. Wir werden uns wahr-

scheinlich gross mehrheitlich enthalten. Unsere Begeisterung hält sich in Grenzen, da die gestellte Aufgabe nicht erfüllt wurde.

Gregor Ariane, CVP: Wer sich durch den enormen Blätterwald der Akten betreffend Verwaltungsanalyse geschlagen hat, musste ziemlich viel Zeit investieren. Die Vervollständigung des Postulatauftrages und die von der GPK verlangte Würdigung des Berichtes sind sehr ausführlich, detailliert und zufriedenstellend verfasst.

Unter Punkt 1 des Berichtes wird ersichtlich, dass Wohlen nicht ganz schlecht da steht und den Vergleich im Lohnwesen mit anderen Aargauer Gemeinden nicht direkt scheuen muss. Die Gemeinde Wohlen bezahlt marktgerechte Löhne. Auch erkennt der Gemeinderat, dass die inhaltliche Auftragserteilung an die OBT AG nicht ganz vollständig und teilweise unpräzise war. Aus diesem Grund wurde die Gemeinde selber aktiv und führte Vergleichsprozesse durch, welche den korrekten formalrechtlichen und inhaltlichen Voraussetzungen genügen. So erklärt der Gemeinderat auch die zeitliche Verzögerung der Vervollständigung und Bearbeitung.

Die Prioritätenliste im OBT Bericht, so lesen wir unter Punkt 2 – 5, hat der Gemeinderat zu Herzen genommen und schon sehr viel umgesetzt. Zu optimieren ist sicher die wiederkehrende Aussage:

„Aus mangelnder Kapazität und zeitlichen Gründen konnte dies und das noch nicht umgesetzt werden“.

Aber die CVP nimmt erfreut zu Kenntnis, dass auch die finanzpolitische Sicht unserer Gemeinde bei der Umsetzung der Prioritätenliste nicht ausser Acht gelassen wurde. Die Kosten der, sagen wir mal, ersten Analyse sind eher happig, wenn wir bedenken, was jetzt noch alles zusätzlich in Eigenregie nach geliefert werden musste.

Die CVP erkennt, dass der Gemeinderat die Verwaltungsanalyse als wertvolles Instrument einsetzt und nicht schubladisiert hat, wie wir fälschlicherweise – durch die doch sehr lange Bearbeitungszeit - angenommen haben. Wir stimmen dem Antrag einstimmig zu und erachten den Auftrag des Postulates als erledigt.

Keller Anna, Grüne: Die Analyse der Gehaltsstrukturen wird sehr ausführlich dargelegt. Dafür danken wir. Das wurde ja in einer Arbeitsgruppe, in der alle Parteien vertreten waren, erarbeitet und im 2004 wurde das neue Personalreglement samt Gehaltskonzept vom Einwohnerrat gutgeheissen.

Einiges aus der Prioritätenliste der Verwaltungsanalyse wurde umgesetzt oder zumindest verbessert, wie unter Punkt 3, 4 und 5 aufgezeigt wird. Bei der Repol wurde unter anderem wie vorgeschlagen, eine Stelle von einer zivilen Person besetzt. Vor allem wenn es so schwierig ist neue Polizistinnen oder Polizisten zu finden, sollte man das auch für weitere Arbeitsbereiche der Repol überprüfen.

Aber was ist mit dem Hauptthema, nämlich: *„Wie gleisen wir eine Verwaltungsreform auf?“* Wie können wir in Wohlen die Verwaltungsabläufe weiterentwickeln? Das Konzept über die Verwaltungsreorganisation ist uns wichtig und wir erwarten vom Gemeinderat, dass er das baldmöglichst an die Hand nimmt. Der Abschreibung des Berichts stimmen wir einstimmig zu.

Perroud Arsène, SP: Die Fraktion der SP wird der Abschreibung des Postulats zustimmen. Der Gemeinderat hat den Auftrag des Rückweisungsantrages erfüllt und die damaligen Anliegen des Einwohnerrates bearbeitet. Die Lohnstruktur wurde dargestellt und die verschiedenen Punkte, die im ersten Bericht 2009 fehlten wurden ergänzt und bewertet. Ver-

schiedene vorgeschlagene Massnahmen wurden bereits umgesetzt, was aus unserer Sicht positiv zu werten ist. Hingegen verzichtete der Gemeinderat bisher darauf, eine zentrale Personalfachstelle einzuführen, obwohl er dies als sachgerecht bezeichnet und durchaus den Zweck anerkennt. Das verstehen wir nicht respektive müssen aufgrund der Begründung annehmen, dass der Gemeinderat diese Fachstelle nicht will. Ein Unternehmen mit über 100 Angestellten braucht einfach eine professionelle Personalfachstelle. Wir hoffen schwer und fordern den Gemeinderat auf, das Thema Verwaltungsreorganisation rasch anzupacken.

Wir sind immer noch der Meinung, dass diese Analyse sehr wichtig ist für die weitere Entwicklung der Verwaltungsorganisation. Zentrale Aspekte aus unserer Sicht wurden aber nicht beleuchtet. Die Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und der Verwaltung und zwischen den Abteilungen selber wurde nicht explizit beleuchtet. Das wären die interessanten Aussagen gewesen. Wir teilen aber immer noch die Meinung der damaligen GPK, dass es falsch war, die Analyse unter der Federführung des Gemeinderats durchzuführen. Der Einwohnerrat hätte in dieser Frage die Leitung bei sich halten müssen, um auch die Fragen objektiv beleuchten zu können, von denen der Gesamtgemeinderat betroffen ist. Wir danken dem Gemeinderat für die Erledigung dieser langjährigen Pendeuz.

Breitschmid Tobias, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon hat den vorliegenden Bericht mit Interesse gelesen. Es wurde viel geschrieben auch sehr viel Theoretisches zum Thema „Benchmarking“. Entscheidende Erkenntnisse hat der vorliegende Bericht jedoch nicht ans Tageslicht gebracht. Folgendes konnte aufgrund der diversen Analysen und Gegenanalysen festgestellt werden: Der OBT Bericht ist anscheinend nicht repräsentativ, da ein Vergleich zwischen den Kantonen wegen den unterschiedlichen Strukturen und Gesetzmässigkeiten zu Fehlaussagen führen würde. Die BDO Spezialauswertung zwischen schweizerischen Gemeinden zwischen 10'000 und 50'000 Einwohnern, ist anscheinend auch nicht repräsentativ. Gründe dafür waren, dass es sich nicht um ähnlich gelagerte Verwaltungen handelt. Ebenfalls war mangels Daten ein Vergleich unter ähnlich grosser Aargauer Gemeinden nicht möglich.

Da diese beiden Benchmark-Analysen unzufrieden stellend waren, hatte die Verwaltung Wohlen anhand von BDO Daten selber Vergleiche erstellt. Dieser interkantonale Vergleich unter wenigen ausgewählten Gemeinden ist anscheinend aber auch nur bedingt repräsentativ, da grössere Gemeinden wie Baden oder Wettingen nicht teilnahmen. Auch ist hierbei fragwürdig, welche anscheinend für repräsentativ bezeichneten Gemeinden sich hinter den Buchstaben „A“, „B“, „C“, „D“ und „F“ im Anhang 1 verbergen.

Das Fazit dieser vielen nicht oder nur teils repräsentativen Benchmark-Analysen ist, dass grundsätzlich das Lohnniveau in der Wohler Verwaltung als marktkonform bezeichnet werden kann. Auch wir sehen keine Veranlassung zur Stellenaufstockung für einen Aufbau einer zentralen Personalfachstelle, wie das die OBT in ihrem Bericht vorgeschlagen hat. Nicht zu vergessen ist das aus zeitlichen Gründen noch nicht fertig gestellte Konzept zur Verwaltungsreorganisation. Auf dieses sind wir bereits jetzt schon sehr gespannt.

Abschliessend hoffen wir, dass die durch den Gemeinderat gewonnen Erkenntnisse, nämlich die stets vollständige und präzise Auftragserteilung und Instruktion, in den zukünftigen Geschäften einfließen werden.

Die Fraktion SVP Wohlen-Anglikon wird dem Antrag des Gemeinderates zur Gutheissung des vorliegenden Berichtes sowie zur Abschreibung des Postulates nicht geschlossen zustimmen können.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Für die Fraktion FDP Wohlen Dorfteil Anglikon ist mit den vorliegenden Ergänzungen die Fragen zu den Lohnstrukturen beantwortet. Das ist schlussendlich das, was verlangt worden ist. Der Bericht ist umfassend und verständlich

verfasst. Er gibt Einblicke in die Grundsätze vom Personalreglement und besonders interessant und aufschlussreich sind selbst verständlicherweise die Lohnvergleiche mit anderen Gemeinden, welche eine unendliche Grösse haben. Unsere Fraktion dankt dem Gemeinderat, dass er den Bericht verfasst hat, um dies abzuschliessen. Unsere Fraktion wird einstimmig einer Abschreibung des Postulats zustimmen.

Abstimmung:

Dem gemeinderätlichen Antrag

Der Bericht 11143 zum Postulat 11076 betreffend Analyse von Verwaltungsabläufen inkl. Führungsebene – Vervollständigung bezüglich Analyse der Lohnstrukturen sei gutzuheissen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

wird mit 26 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen zugestimmt.

Bericht und Antrag 12096 Genehmigung Kreditabrechnung betreffend Gemeindeanteil für die Umgestaltung der Knoten Wohlerhof und Kino Rex in je einen Verkehrskreisel, Erstellung öffentliche Beleuchtung und Bau unterirdische Sammelstelle

Lanz Christian, Fiko: Auf Zahlen gehe ich nicht speziell ein. Diese haben Sie alle selber konsumieren, studieren und anschauen können. Die Abrechnung weist eine Kreditunterschreitung von CHF 23'320 aus. Das ist wieder einmal ein erfreuliches Ergebnis. Die Finanzkommission, die Unterzeichneten, den Präsidenten der Finanzkommission Daniel Angst und ich haben die Rechnung geprüft und sind zum Ergebnis gekommen, dass sämtliche Original-Belege vorhanden und visiert sind. Allfällige Skontoabzüge sind berücksichtigt und auch getätigt worden. Es konnten keine Subventionen gelten gemacht werden. Der Kostenverteiler Kanton und Gemeinde ist ebenfalls korrekt ausgewiesen worden. Sämtliche Ausgaben und erbrachten Leistungen entsprechen dem Bericht und Antrag. Die vorliegende Bauabrechnung stimmt mit der Buchhaltung ebenfalls überein. Trotz vom Kanton angezeigte Mehrkosten hat die Kreditunterschreitung, dank genügend Reserve, ein Bruttogewinn erzielt. Hierfür möchten wir allen Beteiligten, welche an diesem Werk gearbeitet haben danken. Die Vollständigkeitserklärung der Verwaltung und des Kantons liegt ebenfalls der Kreditabrechnung bei. Die Finanzkommission empfiehlt dem Einwohnerrat der Kreditabrechnung, wie vorliegend, zuzustimmen.

Suter Stephan, SP: Die Fraktionsgemeinde SP/Grüne wird das Geschäft annehmen. Obwohl wir vorhin von Christian Lanz gehört haben, dass wir ein positives Ergebnis haben, sprich ein Minus, haben wir ein Geschäft, bei welchem wir mehr als geplant ausgeben mussten. Dies betrifft ein Nachtragskredit im Jahr 2011 von CHF 400'000, welcher das Projekt verteuerte. Man kann also nicht behaupten, man hätte eingespart. Das nachträglich weitere Kosten entstehen, die nicht eingeplant waren, liegt in der Sache der Natur. Aber dass so viele nachträglich entstehen, ist eher ein Versäumnis von sorgfältiger Planung. Wir bitten die Bauverwaltung und die zuständigen Behörden für kommende Projekte und Geschäfte genauer zu sondieren und zu planen.

Abstimmung:

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung der Kreditabrechnung:

Gemeindeanteil für die Umgestaltung der Knoten Wohlerhof und Kino Rex in je einen Verkehrskreisel, Erstellung öffentliche Beleuchtung und Bau unterirdische Sammelstelle.

wird einstimmig zugestimmt.

21.32 Uhr Alain Thiébaud verlässt den Saal.

Bericht und Antrag 12097 Genehmigung Kreditabrechnung für Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen

Angst Daniel, Präsident Fiko: Ich möchte Ihnen den Revisionsbericht Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen kurz näher bringen. Der Bruttokredit betrug CHF 480'000. Abgeschlossen wurde die Rechnung mit CHF 445'922.80. Das gibt einen Kreditunterschied von 7.1% oder in Franken ausgedrückt CHF 34'077.20. Auch dies ist ein erfreuliches Ergebnis. An dieser Stelle danken wir allen beteiligten Personen herzlich. Kommentar und Bemerkungen seitens der Finanzkommission finden Sie auf der Rückseite. Es waren sämtliche originalen Belege vorhanden. Allfällige Skontoabzüge sind ebenfalls berücksichtigt worden. Es bestehen keine Subventionsansprüche für dieses Geschäft. Sämtliche Ausgaben und erbrachten Leistungen entsprechen dem Bericht und Antrag. Die vorliegende Bauabrechnung stimmt ebenfalls mit der Buchhaltung überein. Auch die Vollständigkeitserklärung von der Verwaltung ist der Kreditabrechnung beigelegt gewesen. Wir empfehlen dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich danke der Fiko für die Prüfung der Kreditabrechnung. Ich habe dem selber nichts beizufügen. Dass ich das Wort ergreife, hat einen anderen Grund. Ich habe gedacht, es ist eine gute Gelegenheit, Ihnen den aktuellen Zwischenstand der Sanierung der Abdankungshalle bekannt zu geben. Seit der Bewilligung des Projektes im Einwohnerrat, wurde einiges ausgearbeitet. Die Bauausschreibung haben Sie vielleicht schon in der Zeitung gesehen. Auch die Baubewilligung wurde erteilt. Im Moment läuft das Submissionsverfahren. Die letzten Vergabeentscheide werden bis im Januar Jahr 2013 erfolgen. Im Februar wollen wir anfangen zu bauen. Im August sollte man dann die Abdankungshalle wieder einsegnen und wieder in Betrieb nehmen. Soweit zum aktuellen Stand.

Abstimmung:

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung der Kreditabrechnungen:

Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen

wird einstimmig zugestimmt.

Antwort zur Anfrage 12077 der Finanzkommission, die bei der letzten Budgetberatung in ihren Empfehlungen einen Massnahmenkatalog zur Verbesserung der Wohler Finanzlage gefordert hat

Spörri Marlis, Präsidentin: Ist die Finanzkommission mit diesen Antworten zufrieden oder wird Diskussion verlangt?

Angst Daniel, Präsident Fiko: Wir sind mit der Beantwortung der Fragen nicht zufrieden. Wir haben am 15. November 2012 eine Sitzung und werden die Kommunikation innerhalb der Gremien fortführen. Wir schauen vorwärts und sind überzeugt, dass wir mit den beteiligten Personen eine konstruktive Diskussion führen können. Wir verlangen keine Diskussion.

Bertschi Bruno, SVP: Gratuliert Marlis Spörri zur Wahl in den Grossen Rat, sowie den anderen zu ihrer Wiederwahl.

Spörri Marlis, Präsidentin: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 10. Dezember 2012 um 19.00 Uhr statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Marlis Spörri, Präsidentin



Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.